

GESCHÄFTS- BERICHT 2013 – 2015

SPD

- Landesvorstand
- Berichte
- Arbeitsgemeinschaften und SGK
- Fachbeiräte und Foren
- Dokumentation



IMPRESSUM

**Herausgeber**

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

Verantwortlich i. S. d. P.:

Marten Jennerjahn

Konzeption und Umsetzung

NetworkMedia GmbH (nwmd.de)

INHALT

Vorwort

Vorwort	04
---------------	----

Landesvorstand

Bericht des Landesvorstands	06
Kommunalwahlen 2014	14
Europawahl 2014	15
Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen	16
Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters 2013–2015	17
Bericht der Landesschiedskommission	20
Bericht der Kontrollkommission von 2013 bis 2015	21
Kassenbericht 2013/2014	22
Organisationsbericht	23

Berichte

Landtagsfraktion	26
Landesgruppe im Bundestag	30
Abgeordnete im Europaparlament	32

Arbeitsgemeinschaften und SGK

AfA – Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen	35
ASF – Arbeitsgemeinschaft sozial- demokratischer Frauen	36
Arbeitsgemeinschaft der Jusos in der SPD	38
AG 60 plus – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren	41
ASJ – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen	43

ASG – Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen	45
AGS – Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD	47
Schwusos – Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen	48
AfB – Arbeitsgemeinschaft für Bildung	49
Netzwerk SelbstAktiv	50
SGK – Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik e. V.	52

Fachbeiräte und Foren

Fachbeirat Wirtschaft und Finanzen	55
Fachbeirat Arbeit, Gesundheit und Soziales	56
Fachbeirat Integration & AG Migration und Vielfalt	57
Fachbeirat Europa	58
Fachbeirat Umwelt, Verkehr und Energie	60
Fachbeirat Wissenschaft	61
Sportbeirat	62
Polizeibeirat	63
Christinnen und Christen in der SPD	64
Forum Eine Welt	65
Historische Kommission	66
Arbeitsgruppe Mitgliederentwicklung und Wahlanalyse	67

Dokumentation

Mitgliederstand 2013–2015	69
Durchschnittsbeiträge 2013–2015	70
Terminkalender 2013–2015	71

VORWORT



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

gemeinsam haben wir Baden-Württemberg in den letzten zwei Jahren erfolgreich vorangebracht. Wir sind der Motor, der unser Land modern und sozial gerecht gestaltet. Gute Arbeit, Bildungsgerechtigkeit und eine moderne Familienpolitik – dafür ziehen wir alle an einem Strang: Landesverband, Landtagsfraktion und Landesregierung. Und dafür arbeiten wir in der Landes- und Bundesregierung eng zusammen. Die SPD kämpft Hand in Hand für unser Land. Darauf können wir stolz sein!

Klar ist: Wir wollen diesen Kurs über 2016 hinaus fortsetzen. Wir wollen unseren Weg der wirtschaftlichen Erneuerung und der gesellschaftlichen Modernisierung in Baden-Württemberg konsequent weitergehen. Dafür will ich mit euch in den kommenden Monaten mit vollem Einsatz kämpfen!

Mein herzlicher Dank als Landesvorsitzender geht an den gesamten Landesvorstand für das umfangreiche Engagement in den letzten zwei Jahren. Ein besonderes Dankeschön gilt dabei unserer Generalsekretärin Katja Mast für ihre tatkräftige Arbeit. Für die vor uns liegenden Aufgaben sind wir gut gerüstet!

Ich freue mich auch weiterhin über eine engagierte, kampfeslustige und diskussionsfreudige Partei. **Für uns gilt: „Baden-Württemberg leben!“**

Herzlichst,

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Nils Schmid'. The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

Euer Nils Schmid
Landesvorsitzender

LANDES- VORSTAND

- Bericht des Landesvorstands
- Kommunalwahl 2014
- Europawahl 2014
- Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen
- Bericht des Schatzmeisters
- Bericht der Landesschiedskommission
- Bericht der Kontrollkommission
- Interner Kassenbericht
- Organisationsbericht

BERICHT DES LANDESVORSTANDS

Landesparteitag in Reutlingen führt zu Geschlossenheit

Der Landesparteitag vom 18./19. Oktober 2013 stand ganz im Zeichen der Ergebnisse der Bundestagswahl. Die SPD in Baden-Württemberg hatte zwar von 19,3 Prozent auf 20,6 Prozent leicht zugelegt und insgesamt sogar fünf Bundestagsmandate dazugewonnen, jedoch waren der Verlauf des Bundestagswahlkampfes und der magerer Zuwachs an Stimmen Anlass für Kritik seitens der Basis, und der Landesparteitag bot die Gelegenheit zur Aussprache. Bei vielen Genossinnen und Genossen wurden auch die anstehenden Koalitionsverhandlungen mit der CDU kritisch gesehen. „Eine große Koalition ist etwas anderes als ein gemähtes Wiesle“, erklärte SPD-Landeschef Nils Schmid. Die Mitgliederbefragung dazu werde mit Sicherheit kein Spaziergang. Als Erfolg der Südwest-SPD verbuchte Schmid jedoch allein schon die Tatsache, dass es überhaupt ein solches Votum der Basis gebe. „Hier waren wir wieder einmal Vorreiter in Sachen Mitgliederbeteiligung. Ich bin sicher, andere werden uns da folgen.“ In seiner starken Rede forderte Nils Schmid, weiter geschlossen und gemeinsam für die Themen der SPD zu kämpfen. Das Schwerpunktthema des Landesparteitags war Bildung. Einstimmig verabschiedeten die Delegierten einen Leitantrag des Landesvorstands zur Stärkung der beruflichen Bildung. Weitere Themen waren natürlich die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen über eine Große Koalition im Bund sowie die Europapolitik. Neben Nils Schmid als Landesvorsitzendem wurden Hilde Mattheis, Leni Breymaier, Peter Friedrich und Lars Castellucci als Stellvertreterinnen und Stellvertreter sowie Katja Mast als Generalsekretärin in ihren Ämtern bestätigt.

Mitgliedervotum nach der Bundestagswahl – Mitmachen. Mitentscheiden.

Nach der Bundestagswahl wurde in harten Verhandlungen der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und der SPD erstellt. Diesmal lag es

an der Parteibasis zu entscheiden, ob es zu einer Koalition kommen soll. Zwischen dem 6. und 8. Dezember 2014 konnten alle Genossinnen und Genossen ihre Stimme per Briefwahl abgeben. Der Koalitionsvertrag wurde online gestellt und mit dem „vorwärts“ allen SPD-Haushalten zugestellt. Vor dem 14. und 15. Dezember, dem Wochenende der Auszählung, fanden in ganz Deutschland Dutzende Mitgliederforen statt. In Baden-Württemberg gab es vier gut besuchte Regionalkonferenzen mit Sigmar Gabriel in Bruchsal, Andrea Nahles in Leinfelden-Echterdingen und Frank-Walter Steinmeier in Ehingen und Emmendingen. Diese Konferenzen boten den Mitgliedern die Möglichkeit, sich aktiv und kritisch zu beteiligen. Auch bei der anschließenden Auszählung in Berlin war der SPD-Landesverband gut mit hauptamtlichen und freiwilligen Helferinnen und Helfern vertreten. 70 Prozent aller Mitglieder beteiligten sich an der Abstimmung. Am Ende war das Ergebnis eindeutig: Rund 76 Prozent stimmten für den Koalitionsvertrag und damit für die „GroKo“.

Sonderparteitag in Wiesloch – Rechtsextremismus wirksam bekämpfen: Mit Leidenschaft für Land und Leute

Nicht allein die NSU-Morde, sondern auch die steigende Zahl von rechtsextremen Straftaten in Baden-Württemberg haben gezeigt, dass die Politik sich dieser Thematik weiterhin offensiv stellen und die Zivilgesellschaft stärken muss. Darüber waren sich die eingeladenen Initiativgruppen auf dem Podium in Wiesloch einig. Der Leitantrag „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ wurde vom Jusos-Landesvorsitzenden Markus Herrera Torrez eingebracht. Die zentrale Forderung war dabei die Einführung eines speziellen Landesprogramms, das Prävention an Schulen und Ganztagschulen fördern, Pädagoginnen und Pädagogen sensibilisieren und breite Aufklärungsarbeit leisten soll. Die Einrichtung einer landesweiten Koordinationsstelle soll au-

ßerdem zu einer besseren Vernetzung der einzelnen Maßnahmen und Projekte führen. Darüber hinaus sollten rechtsextreme Straftaten durch Polizei und Justiz besser untersucht und aufgearbeitet sowie Mitgliedern der „rechten Szene“ durch Programme der Ausstieg erleichtert werden. Der Antrag wurde schlussendlich einstimmig angenommen. Ebenfalls einstimmig wurde die Resolution des Landesvorstands zur Kommunalpolitik „Mit Leidenschaft für Land und Leute“ auf dem Landesparteitag angenommen. Die SPD Baden-Württemberg setzt sich darin für eine soziale und gerechte Politik in den Städten und Gemeinden ein; „für eine Kommunalpolitik, bei der Land und Gemeinden Hand in Hand arbeiten“. In der Resolution fordert die SPD mehr Bildungsgerechtigkeit und die Unterstützung von Familien durch den Ausbau von Ganztagschulen, Betreuungsangeboten und flexiblen Arbeitsangeboten vor Ort. Die tägliche Grundversorgung, Wohnraum und Infrastruktur müssten für alle Menschen zu erschwinglichen Preisen zugänglich sein. Hinzu komme ein nachhaltiges Wirtschaften, um die Kommunalfinanzen auch für zukünftige Generationen zu sichern: „Eine Politik, die heute schon an morgen denkt!“

Mentoringprogramm zur Kommunalwahl

Die SPD Baden-Württemberg verfolgte bei der Aufstellung ihrer Listen zur Kommunalwahl das politische Ziel, möglichst vielen Bevölkerungsgruppen eine politische Beteiligungsmöglichkeit zu bieten. Besonders Frauen, junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund sind auch heute noch in unseren Kommunalparlamenten zu wenig vertreten. Im Rahmen eines „Mentoring-Programms“ bot der Landesverband aktive Unterstützung bei der Betreuung und Förderung von Nachwuchskräften. Darin fanden sich kommunalpolitisch erfahrene Politikerinnen und Politiker als Mentorinnen bzw. Mentoren und potenzielle Kandidierende als Mentees zusammen. Die



Mentoren unterstützten dabei die Mentees durch persönliche Betreuung. Begleitend hierzu boten der Landesverband und die Arbeitsgemeinschaften Seminare und Workshops an. In einem Online-Forum konnten sich Interessierte über Fragen zum Mentoring-Programm, zu Bildungsangeboten sowie zu rechtlichen Bestimmungen informieren.

Kommunalwahl-Mentorinnen und Mentoren

Kommunalempfänge

Als Dank und Wertschätzung für die ausgezeichneten Erfolge bei der Kommunalwahl führte der SPD-Landesverband am 29. August 2014 erstmals einen Sommerempfang durch. Alle gewählten Stimmenköniginnen und Stimmenkönige der SPD-Listen erhielten eine Einladung nach Stuttgart ins Waldheim Heslach. Diese sozialdemokratische Traditionsstätte war ein exzellenter Ort, um die hervorragenden Erfolge unserer Kommunalpolitik zu feiern. Der



Kommunaler Sommerempfang

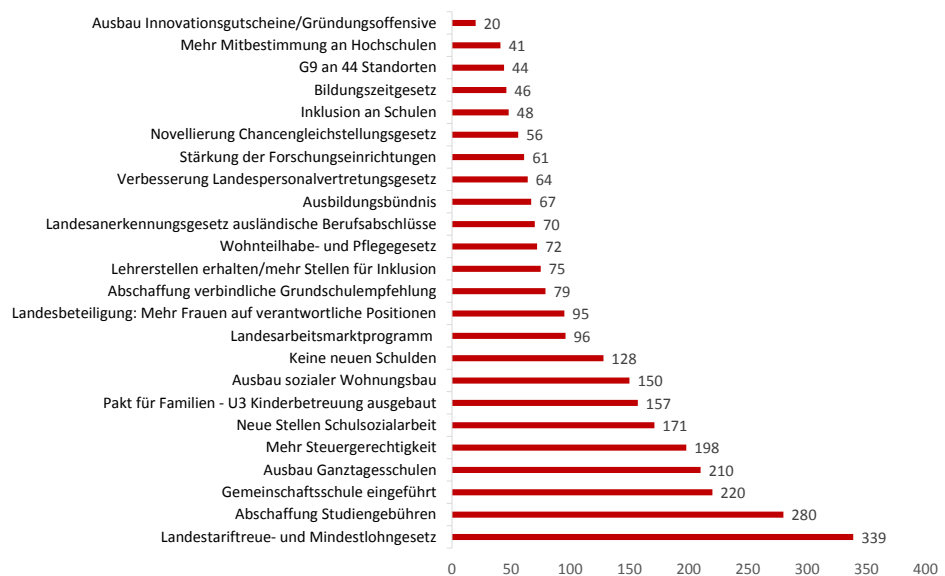
persönliche Gedankenaustausch unserer kommunalen Mandatsträger mit Vertretern der Landesregierung und der Parteispitze stand dabei im Mittelpunkt. Aufgrund des Erfolges und des großen Zuspruchs fand am 28. August 2015 erneut ein Sommerempfang statt.

Offensive 2016 – Dreiklang: Gute Arbeit, Bildungsgerechtigkeit und Zeit für Familie

Der SPD-Landesvorstand, die SPD-Landtagsfraktion und die Ministerinnen und Minister im Land haben sich zur Darstellung unserer Partei nach innen und außen auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt. Eine Grundvoraussetzung für Erfolg heißt Geschlossenheit, um mit unseren Kernbotschaften die Menschen zu erreichen. Unter dem Titel „Offensive 2016“ haben der SPD-Landesvorstand und die SPD-

Landtagsfraktion das Papier einstimmig verabschiedet. Die drei zentralen Themenfelder der SPD lauten: Arbeit und Wirtschaft, Familie und Gerechtigkeit. Die Kernbotschaften sind dabei: Die SPD macht unser Musterland zukunftsfähig durch gute Arbeit. Die SPD gibt Familien mehr Zeit. Die SPD sorgt für Bildungsgerechtigkeit. Eine handlich gestaltete Broschüre wurde mit den Beitragsquittungen an alle Mitglieder in Baden-Württemberg versandt. Inzwischen gab es über 52 Veranstaltungen mit unseren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern aus Bund und Land in den Kreisverbänden zur Offensive – ein großer Kraftakt! Im Rahmen dieser Veranstaltungen und Kreisdelegiertenkonferenzen wurden Umfragen unter den Mitgliedern zu den Erfolgen sozialdemokratischer Landespolitik gemacht.

AUSWERTUNG FRAGEBOGEN* ZU ERFOLGEN DER SPD IN DER LANDESREGIERUNG



* Die Frage lautete: Bitte kreuze 5 Erfolge an, worauf du am meisten stolz bist, dass sie die SPD umgesetzt hat. Bisher haben sich 408 Personen bei 18 Kreisdelegiertenversammlungen an der Umfrage beteiligt.

23.07.2015/l/s

Zukunftskongress Bildung – Initiative für einen Schulfrieden in Baden-Württemberg

Mit über 400 Gästen war der „Zukunftskongress Bildung“ der SPD Baden-Württemberg im Forum in Ludwigsburg ein voller Erfolg. Auf sechs mit Landes-, Kommunal- sowie Bundespolitikerinnen und -politikern besetzten Foren konnten die Besucher und Besucherinnen sich informieren und diskutieren. Als Themen standen die U3-Betreuung, die Inklusion, Ganztagschule sowie regionale Schulentwicklung und Schulformen zur Auswahl. Der Vormittag stand ganz im Zeichen der Gemeinschaftsschule. Hierzu fand eine Talkrunde mit Nils Schmid, Kultusminister Andreas Stoch sowie einem Schüler, einer Lehrerin und einer Elternvertreterin der Schiller-Gemeinschaftsschule in Heubach statt. Lehrer wie Schüler sind begeistert vom neuen Konzept, in dem längeres gemeinsames Lernen und individuelle Förderung großgeschrieben werden. In der Talkrunde am Nachmittag mit Kultusminister Andreas Stoch unter der Leitung des Karlsruher Oberbürgermeisters Frank Mentrup begrüßten Rainer Reichhold, Präsident der Handwerkskammer Region Stuttgart, und der Präsident der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, Wolfgang Grenke, den eingeschlagenen Weg der Landesregierung in der Bildungspolitik. Der Schulfrieden, über Parteigrenzen hinweg, sei notwendig und richtig. Durch den



Nils Schmid wurde zum Spitzenkandidaten gewählt

Schulfrieden sollte ein langfristiger Konsens aller Parteien in der Schulpolitik erreicht werden. „Eltern, Schüler und Lehrer sollen auf verlässliche Schulstrukturen im Land vertrauen können. Sie dürfen nicht immer wieder verunsichert werden, wie es in Baden-Württemberg grundsätzlich und dauerhaft schulpolitisch weitergeht.“ In einem Brief an die Landesvorsitzenden nennt Nils Schmid die vier Ausgangspunkte für die Verhandlungen: Die Grundschulempfehlung wird nicht wieder eingeführt und die Gemeinschaftsschule akzeptiert. Die Realschule bekommt eine Existenz- und Entwicklungsperspektive. Und die Gymnasien behalten ihre starke Stellung im Schulsystem.

Der Landesparteitag in Singen: Nils Schmid wird Spitzenkandidat!

Mit 93,4 Prozent hat der Landesparteitag in Singen Nils Schmid zum Spitzenkandidaten der SPD für die Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg gewählt. Der Finanz- und Wirtschaftsminister erhielt 268 von 287 gültigen Stimmen. Zuvor schwor der SPD-Chef die Genossinnen und Genossen in einer kämpferischen Rede auf den bevorstehenden Wahlkampf ein. „Wir haben Baden-Württemberg offener, moderner und gerechter gemacht! Unserem Land geht es besser als je zuvor“, erklärte Nils Schmid in Singen. Für die SPD gehöre beides untrennbar



Zukunftskongress Bildung in Ludwigsburg

zusammen: wirtschaftliche Stärke und soziales Miteinander, Innovation und Gerechtigkeit. Die Alternativen dazu lägen auf dem Tisch: „Entweder unser Land geht weiter seinen Weg der Modernisierung und des Miteinanders, oder die Schwarzen drehen alles zurück und stellen die alten Verhältnisse wieder her, samt Filz und Vetternwirtschaft, samt Sipp- und Seilschaften“, betonte der SPD-Chef. Es gehe um Zukunft oder Vergangenheit, Solidarität oder Spaltung, Fortschritt oder Rückschritt. „Wir haben noch viel vor – bis 2021 und weit darüber hinaus!“ In einer Singener Erklärung hat der Landesparteitag den Regierungsanspruch der Sozialdemokratie untermauert. „Die SPD regiert, Baden-Württemberg kommt voran“, so der Titel der nahezu einstimmig verabschiedeten Erklärung. „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben Baden-Württemberg in den vergangenen vier Jahren erfolgreich, modern und sozial gerecht regiert. Unser Ziel ist es, unsere erfolgreiche Regierungsarbeit mit unserem grünen Koalitionspartner auch nach 2016 fortzusetzen.“ Ebenso wurden die Eckpunkte zur Flüchtlingspolitik beschlossen. Darüber hinaus haben die Delegierten mit großer Mehrheit einen Antrag des Kreisverbands Karlsruhe-Land beschlossen, in dem bessere Bedingungen für Flüchtlinge eingefordert werden. Dabei wird – neben zahlreichen Eckpunk-

ten für bessere Lebensumstände – auch die Einführung eines modernen Einwanderungsrechts unterstützt.

**Gemeinsamer Landesvorstand mit den Grünen:
Wir wollen gemeinsam weitermachen!**

Bei einer gemeinsamen Sitzung der Landesvorstände von Sozialdemokraten und Grünen in Stuttgart haben SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid und Ministerpräsident Winfried Kretschmann ihren festen Willen bekräftigt, die Regierungskoalition in Baden-Württemberg auch über 2016 hinaus fortzusetzen. „Wir wollen unseren Weg der wirtschaftlichen Erneuerung und der gesellschaftlichen Modernisierung konsequent weitergehen“, erklärten Nils Schmid und Winfried Kretschmann ein Jahr vor der Landtagswahl. Gemeinsam hätten Rot und Grün das Land in den letzten vier Jahren erfolgreich, modern und sozial gerecht vorangebracht. Nils Schmid betonte dabei, gute Arbeit, mehr Zeit für Familie und Bildungsgerechtigkeit stünden nach wie vor ganz oben auf der Tagesordnung. Für den weiteren gemeinsamen Marsch überreichten sich die beiden Spitzenmänner gegenseitig einen roten bzw. grünen Rucksack. Mit im Gepäck: ein Akkuschrauber von Bosch zum weiteren Bohren dicker Bretter, Wanderführer für die ganze Familie – und natürlich Ritter-Sport-Schokolade für gute Nerven!

Landesvorstände von Sozialdemokraten und Grünen in Stuttgart



Politischer Aschermittwoch



Gute Stimmung beim Politischen Aschermittwoch mit Heiko Maas

Spitzentreffen



Spitzentreffen in Stuttgart mit Yasmin Fahimi

Großer Empfang zum Kirchentag: Damit wir klüger werden

„Damit wir klüger werden“: Unter diesem Motto fand der 35. Kirchentag in Stuttgart 2015 statt. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft „Christen und SPD“ veranstaltete der SPD-Landesverband einen großen Kirchentagsempfang im Pullman Hotel in Stuttgart mit über 400 Gästen. Die SPD Baden-Württemberg konnte wichtige Vertreter aus allen Glaubensgemeinschaften zum regen Austausch willkommen heißen. Als Gäste sprachen der Ratsvorsitzende Bischof Heinrich Bedford-Strohm, SPD-Landes-

chef Nils Schmid, Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Familienministerin Manuela Schwesig, Kerstin Krise, MdB, und Erhard Eppler. Alle Rednerinnen und Redner gingen in ihren State-ments auf die Bedeutung von Glauben als persönlicher Richtschnur in der Politik ein. Erhard Eppler ermahnte, nie den Dialog aus den Augen zu verlieren, so aussichtslos er auch zu sein scheine. Nur im Austausch miteinander, ob in Religionen, Staaten oder Parteien, komme man zu einer Annäherung oder auch Kompromissen.



Evangelischer Kirchentag 2015 in Stuttgart

Personal- und Betriebs-
räteempfang



Empfang für Betriebsrätinnen Gute Arbeit für Baden-Württemberg

Wie jedes Jahr veranstaltete der Landesverband auch 2014 und 2015 einen Empfang für die Personal- und Betriebsräte in Baden-Württemberg. Nils Schmid betonte dabei die Errungenschaften der Landesregierung. Die SPD habe die Weichen für gute Arbeit in Baden-Württemberg gestellt: So wurden das Tariftreuegesetz eingeführt, die Fachkräfteallianz gegründet und die Ausbildungsgarantie angepackt. Die SPD setzte das von den Gewerkschaften schon lange geforderte Bildungszeitgesetz um und erreichte, trotz vieler Widerstände, die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. Für die Menschen in Baden-Württemberg, die trotz vergleichsweise guter Arbeitsmarktzahlen mit Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatzsuche zu

kämpfen hätten, habe die Regierung außerdem das Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“ gestartet. Dabei sollen zum Beispiel Langzeitarbeitslosen, Alleinerziehenden und Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz die Rückkehr bzw. der Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

Christopher Street Day: Vielfalt leben!

Unter dem Motto „Vielfalt leben“ nahmen über 150 Genossinnen und Genossen an der CSD-Parade 2015 in Stuttgart teil. Unter ihnen auch Nils Schmid und seine Frau Tülay, Sozialministerin Katrin Altpeter, SPD-Generalsekretärin Katja Mast und die Bundestagsabgeordnete Ute Vogt. Nils Schmid kündigte an, den bevorstehenden Landtagswahlkampf auch für eine gesellschaftspolitische Debatte über Modernität, Aufgeschlossenheit und Menschlichkeit zu nutzen. „Die Ressentiments der Ewiggestrigen dürfen nicht der Maßstab des Rechts in Deutschland sein. Das passt nicht zu einem offenen und vielfältigen Baden-Württemberg“, so der SPD-Chef im Blick auf die Verweigerungshaltung der Union bei der Öffnung der Ehe. „Es gibt keine Liebe erster und zweiter Klasse. Was meine Frau und ich teilen, will ich auch anderen nicht verweigern.“

Vielfalt leben:
CSD-Parade 2015





Großes Interesse beim Wahlkampf Kick-Off im Juli

Wahlkampf-Kick-off: Baden-Württemberg leben!

Die Vorbereitungen für den Landtagswahlkampf laufen auf Hochtouren! Bereits Anfang Juli waren über 200 Abgeordnete, Kandidierende und Wahlkampfleiterinnen und -leiter zum Wahlkampf-Kick-off nach Stuttgart-Feuerbach gekommen. Spitzenkandidat Nils Schmid stimmte die Landtagskandidatinnen und -kandidaten und deren Teams aus allen Kreisverbänden auf einen schwungvollen und modernen Wahlkampf ein. „Die SPD hat viel erreicht in den letzten vier Jahren, und darauf können wir stolz sein“, so Schmid. In den nächsten Wochen und Monaten wird es darum gehen, das nach außen zu transportieren. Diesen Schwung aus dem Kick-off hat die SPD Baden-Württemberg am 25. Juli in das erste Treffen aller Wahlkampfleiterinnen und -leiter mitgenommen. Mit dabei war auch unsere Werbeagentur Network Media (NWMD), um allen Aktiven über den aktuellen Planungsstand zu berichten und darüber zu diskutieren. Die einzig richtige Wahl für ein modernes und soziales Baden-Württemberg lautet: SPD! Und dafür lohnt es sich, in den kommenden Monaten zu kämpfen!

Baden-Württemberg-Dialog – Was ist Ihnen wichtig?

Demokratie lebt von Beteiligung. Deshalb lief über den Sommer 2015 der große Baden-Württemberg-Dialog der Landes-SPD. Unter der Überschrift „Leben in Baden-Württemberg – was ist Ihnen wichtig?“ sollte das Regierungsprogramm der Sozialdemokraten für 2016 gemeinsam mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern



*Nils Schmid
bei Tür-zu-Tür*

und den Parteimitgliedern entstehen. Ideen, Meinungen und Anregungen dazu konnten per Dialogkarte oder online eingebracht werden. Diese gesammelten Vorschläge wurden auf einem Bürgerkonvent am 31. Oktober in der Stadthalle Waiblingen diskutiert und gebündelt. Viele Abgeordnete und Kandidierende verbanden das Verteilen der Dialogkarten mit Tür-zu-Tür-Aktionen im Wahlkreis, so auch Nils Schmid in Reutlingen und Generalsekretärin Katja Mast in Pforzheim.

Internet und Social Media

Der SPD-Landesverband hat seine Aktivitäten in den letzten Jahren in den sozialen Netzwerken kontinuierlich ausgebaut und ist immer aktuell im politischen Geschehen vertreten. In den letzten zwei Jahren konnte die SPD Baden-Württemberg ihre Fanzahlen bei Facebook und Twitter mehr als verdoppeln und liegt damit weit vor der CDU und den Grünen in Baden-Württemberg. Auch im Hinblick auf die Landtagswahl soll dieses Medium weiterhin intensiv bespielt werden, ebenso wurde der Flickr-Kanal ausgebaut, auf dem sich die SPD-Gliederungen von allen wichtigen Events rechtfertig Bilder herunterladen können. ■

KOMMUNALWAHLEN 2014

Deine Kommune braucht Dich!

lautete die Überschrift über dem Mentoring-Programm der SPD Baden-Württemberg vor der Kommunalwahl. Kommunale Nachwuchsförderung ist eine Daueraufgabe.

Am 25.5.2014 wurden die Mitglieder der Ortschaftsräte, Gemeinderäte und Kreistage in 1.101 baden-württembergischen Gemeinden und 35 Landkreisen sowie der Regionalversammlung des Verbands der Region Stuttgart gewählt.

Bei den Kreistagswahlen erzielte die SPD landesweit – wie im Jahr 2009 – einen Stimmanteil von 17,9 Prozent: Mit weiterhin 398 Kreistagsmitgliedern erhöhte sich der SPD-Anteil an den Kreistagsmandaten von 17,5 auf 17,9 Prozent. Der Frauenanteil stieg von 22,4 auf 24,1 Prozent. Bei der Stuttgarter Regionalwahl sank der SPD-Stimmenanteil um 1,1 auf 17,1 Prozent.

Bezogen auf das Ergebnis im ganzen Land erhielten die 559 SPD-Listen (11 weniger mit der Bezeichnung „SPD“ als fünf Jahre zuvor) 16,4 Prozent der Stimmanteile – 0,4 Prozent weniger als 2009. Insgesamt wurden 2.395 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auf SPD-Listen gewählt, 2009 waren es 2.444. Da die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder landesweit gesunken ist, blieb der Anteil mit 13,3 Prozent gleich.

Die Quote gewählter Frauen auf SPD-Gemeinderatslisten erhöhte sich im Jahr 2014 um 1,2 auf 33,3 Prozent. Die Anzahl gewählter Mandatsträger/-innen im Juso-Alter erhöhte sich von 130 im Jahr 2009 auf 180 im Jahr 2014.

Tendenziell war das SPD-Ergebnis in den Gemeinden mit größerer Wahlbeteiligung besser als bei der vorherigen Kommunalwahl.

Auch wenn mancherorts 2014 auf anderen (gemeinsamen) Listen mehr SPD-Mitglieder gewählt wurden als in der Vergangenheit, muss unsere Anstrengung darauf gerichtet werden, dass es mehr kommunale SPD-Listen im Land gibt. Denn nur so wird landesweit wahrgenommen, wie sehr sich die SPD in den Kommunen



engagiert. So wird die SPD im Alltag in der Kommune intensiver wahrgenommen.

Beispiele zeigen, dass die Vertretung der SPD im Rat durch gemeinsame Listen nicht verbessert wird. Im Gegenteil erreichte zum Beispiel im Jahr 2014 eine Liste mit der Bezeichnung „SPD“ ein besseres Ergebnis als bei der vorangegangenen Wahl, als noch eine „Mischliste“ antrat und deren Stimmergebnis nicht landesweit der SPD zugerechnet wurde. Im Jahr 2014 gab es 19 zusätzliche oder wiederbelebte SPD-Listen. Leider wurden andernorts mehr SPD-Listen aufgegeben oder mit einem Namenszusatz versehen, so dass die Bilanz landesweit negativ wurde.

Unsere Ziele für das Jahr 2019 müssen sein, alle SPD-Listen zu halten und mit neuen SPD-Gemeinderatslisten anzutreten.

Wer Fragen zur Listenfindung hat, kann sich an den SPD-Landesverband wenden.

EUROPAWAHLEN 2014 – EUROPA BESSER MACHEN



Martin Schulz – Offenburg 16.04.2014, v.l.n.r. Peter Friedrich, Peter Simon, Martin Schulz, Evelyn Gebhardt, Fabienne Vesper, Gotthold Balensiefen

Mit großem Einsatz und Enthusiasmus hat die SPD in Baden-Württemberg den Europawahlkampf bestritten. Mit unserem Spitzenkandidaten Martin Schulz ging es darum, für ein offenes und modernes Europa zu werben. Der SPD-Landesverband konnte Martin Schulz, gemeinsam mit den baden-württembergischen Europaabgeordneten und Kandidierenden Evelyn Gebhardt, Peter Simon, Fabienne Vesper und Gotthold Balensiefen bei einer Großveranstaltung in Offenburg begrüßen. Auch hier machte Martin Schulz deutlich, dass nur ein starkes und soziales Europa für eine sichere Zukunft stehen kann. Die Hauptkundgebung fand mit Sigmar Gabriel auf dem Stuttgarter Schlossplatz statt. In seiner leidenschaftlichen Rede betonte der Vizekanzler, warum es sich lohnt, für Europa zu kämpfen. Nur die EU sei in der Lage, sicherzustellen, dass Deutschland auch noch in 50 Jahren eine Stimme in der Welt habe. Gabriel: „Wir sind es unseren Kindern schuldig, für Europa einzutreten!“

Die Kandidierenden in Baden-Württemberg waren unermüdlich mit ihrer Bustour im ganzen Land unterwegs. Auf unzähligen Infoständen, Diskussionsrunden und Abendveranstaltungen hat sich die Gelegenheit geboten mit Evelyn

Gebhardt, Peter Simon, Fabienne Vesper und Gotthold Balensiefen, ins Gespräch zu kommen und über die Zukunft Europas sowie die wichtige Rolle der EU zu diskutieren. Bis zum Schluss wurde durch Aktionen und Plakate mobilisiert. Der Erfolg zahlte sich aus, die SPD in Bund kommt auf 27,3 Prozent und auch in Baden-Württemberg verbesserte sie ihr Ergebnis um knapp fünf Prozentpunkte auf 23,0. Mit Evelyn Gebhardt und Peter Simon sind wieder zwei Abgeordnete aus Baden-Württemberg im Europäischen Parlament vertreten. Auch wenn es für Martin Schulz letztendlich nicht gereicht hat, haben der Wahlkampf und das Ergebnis der SPD in Deutschland ein starkes Zeichen für ein gemeinsames Europa gesetzt. ■



BÜRGERMEISTER- UND OBERBÜRGERMEISTER WAHLEN: AUF INS RATHAUS!



Michael Salomo
(jüngster Bürgermeister
2014, links) und **Marian
Schreier** (jüngster Bürger-
meister 2015, rechts) mit
Frederick Brütting
beim Landesparteitag
in Singen in diesem Jahr.

Im Mai 2012 besuchte Michael Salomo das Seminar „Bürgermeister/-in werden“. Im Januar 2014 trat er in Haßmersheim sein Amt als jüngster Bürgermeister in Baden-Württemberg an. Am 1. März 2015 wurde Marian Schreier mit 25 Jahren in Tengen zum bundesweit jüngsten hauptamtlichen Bürgermeister gewählt. Mit knapp über 30 Jahren gewannen Kai-Achim Klare 2014 in Rust die Bürgermeisterwahl und Roman Götzmann 2015 in Waldkirch die Oberbürgermeisterwahl. Alle vier hatten zielgerichtet auf das Amt hingearbeitet.

Nils Schmid dazu: „Es ist ein klasse Signal, dass immer mehr junge Menschen in der SPD kommunale Verantwortung übernehmen“. Auch der vor vier Jahren in Heubach gewählte Bürgermeister Frederick Brütting und Roman Götzmann werben als junge Landesvorstandsmitglieder für kommunales Engagement. Marian Schreier begründet seine Entscheidung für das Bürgermeisteramt damit, dass er direkte Rückmeldungen auf seine Arbeit bekommt. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern kann er gestalten.

Der SPD-Landesverband, die Jusos sowie die SGK bieten Seminare und Beratung zur Unterstützung von Bewerber/-innen für das Bürgermeisteramt an. Diese Angebote wurden in den vergangenen Jahren gut angenommen.

Nicht nur kurz vor Wahlen in der eigenen Kommune, sondern ständig müssen wir die Augen offenhalten und neue Bewerber/-innen für ein kommunales Amt gewinnen.

Kontakte, Beratungs- und Seminarangebote vermittelt **Erich Holzwarth** in der SPD-Landesgeschäftsstelle.

RECHENSCHAFTSBERICHT

DES SCHATZMEISTERS 2013 – 2015

Die Arbeit des Landesverbandes war in den Jahren 2013 bis 2015 im Finanzbereich wesentlich durch die Bundestags-, Kommunal- und Europawahl sowie die Vorbereitung der Landtagswahl 2016 geprägt. Auf der Grundlage der „Strukturreform 2011“ und durch eine sparsame Haushaltsführung konnten die gesteckten Ziele erreicht und ausreichende Rücklagen für die Landtagswahl gebildet werden. Der anhaltende Mitgliederrückgang und die Verluste bzw. das Stagnieren bei den Wahlen schränken jedoch den finanziellen Spielraum immer wieder stark ein.

Rückläufige Mitgliederentwicklung

Seit Jahren ist die Mitgliederentwicklung der SPD rückläufig. Auch der Landesverband Baden-Württemberg macht da keine Ausnahme. So sank die Zahl der Mitglieder von 36.513 Ende 2014 auf 35.216 im Juli 2015. Folgen dieser Entwicklung sind eine stetige Verschlechterung der Finanzkraft und der Organisationsfähigkeit der Partei. Gleichzeitig wächst der Bedarf an hauptamtlicher und professioneller Unterstützung in den Wahlkämpfen aber auch im Hinblick auf die „normale“ Verwaltung der Parteiarbeit.

Stabilisierung bei Parteienfinanzierung

Durch die Landtagswahl 2011 hatten sich die Einnahmen aus der Parteienfinanzierung stabilisiert, allerdings auf niedrigem Niveau. Leichte Gewinne bei der Bundestagswahl erhöhten die Zahl der Bundestagsabgeordneten und damit auch die Ausgleichsmittel von der Bundespartei und die Beiträge der Bundestagsabgeordneten.

Organisationsentwicklung

Die vor 10 Jahren begonnene und 2011 abgeschlossene Organisationsreform, mit der die laufenden Personal- und Geschäftskosten den veränderten Mitgliedszahlen angepasst werden sollten, hat sich in den letzten Jahren bewährt. Sie bildet die Grundlage für eine effek-

tive und effiziente Betreuung in der Fläche und gewährleistet die Handlungsfähigkeit der Landespartei in den Wahlkämpfen.

Sparsame Haushaltsführung

Der Landesverband hat im Berichtszeitraum seinen konsequenten Kurs der sparsamen Haushaltsführung fortgesetzt. Gleichzeitig haben wir Ausgaben für Beiräte, Kommissionen, Fachtagungen, Veranstaltungen und Materialausgaben begrenzt, ohne die Arbeitsfähigkeit der SPD zu gefährden.

Neuer Gehaltstarifvertrag

Die Beschäftigten haben mit einem moderaten Tarifvertrag ihren Beitrag zur Konsolidierung der Landespartei geleistet. Mit einem neuen Gehaltstarifvertrag haben wir die bisherigen Entgeltgruppen gestrafft und transparenter gestaltet und so bestehende Ungerechtigkeiten beseitigt.

Beitragserhöhung

Zur Verbesserung der Finanzsituation unternimmt der Landesvorstand große Anstrengungen, um die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen zu erhöhen. In regelmäßigen Abständen werden einzelne Mitgliedergruppen zur einkommensgerechten Beitragsentrichtung (Stichwort Beitragsehrlichkeit) aufgefordert. Ergänzend erfolgte eine kontinuierliche Anpassung bzw. Überprüfung der Beiträge und Abgaben von Mandatsträgern und -trägerinnen sowie politischen Amtsträgern. Durch diese Maßnahmen gelang es im Berichtszeitraum, die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen trotz Mitgliederverlusten sogar leicht zu steigern.

Vorbereitung auf den Landtagswahlkampf 2016

Nachdem der Landtagswahlkampf 2011 im wesentlichen durch Rücklagen finanziert werden konnte, wurden in den letzten Jahren wieder

Rückstellungen für den kommenden Wahlkampf 2016 aufgebaut. Diese Rückstellungen konnten allerdings nicht mehr die Höhe der vergangenen Jahre erreichen, so dass für den Wahlkampf 2016 etwas weniger Mittel zur Verfügung stehen werden.

Kreisverbände und Ortsvereine

Die Situation der Ortsvereine und Kreisverbände im Landesverband hat sich in den vergangenen Jahren im Wesentlichen zufriedenstellend entwickelt.

Das Reinvermögen der Ortsvereine ist von fast 4,5 Mio. Euro (2013) auf knapp 4,7 Mio. Euro (2014) gestiegen, ebenso bei den Kreisverbänden von 2,6 Mio. Euro (2013) auf knapp 2,8 Mio. Euro in 2014. Festzuhalten ist, dass sowohl bei den Ortsvereinen als auch bei den Kreisverbänden sehr unterschiedliche, zum Teil stark voneinander abweichende, Reinvermögen vorhanden sind.

Im Zuge der Strukturreform des Landesverbandes Baden-Württemberg hat der Landesparteitag sowie die Kreisvorsitzendenkonferenz die Finanzausstattung der Kreisverbände neu geregelt. Zur Sicherheit der Arbeitsfähigkeit der Kreisverbände wurde eine finanzielle Mindestausstattung eingeführt, die jeder Kreisverband erhält (sogenanntes Kreisbudget). Den Kreisverbänden verbleibt nach der Beitragsverteilung durch den PV einheitlich ein Beitragsanteil von neun Prozent vom Beitrag jedes Mitglieds. Ein Prozent des Beitrags fließen in eine Umlage beim Landesverband. Aus dieser Umlage wird ein Aufstockungsbetrag für finanzschwache Kreisverbände zur Erreichung eines Mindestbetrages an Beitragseinnahmen finanziert. Der verbleibende Restbetrag aus der Umlage fließt in einen Fonds. Die Richtlinien des Fonds und die Verwaltung des Fonds werden von der Kreisvorsitzendenkonferenz festgelegt bzw. bestimmt.

Demographischer Wandel und Mitgliederpartei

Wir werden in den nächsten Jahren erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um als Mitgliederpartei auch weiterhin finanziell und organisatorisch handlungsfähig zu bleiben. Durch den demographischen Wandel drohen unserer Partei in den nächsten Jahren dramatische Veränderungen. Selbst wenn es uns gelingt, den Mitgliederrückgang in den nächsten Jahren aufzuhalten und durch eine profilierte und attraktive Politik wieder mehr Bürgerinnen und Bürger zu einer Mitarbeit in der SPD zu bewegen, werden wir mit den Auswirkungen einer Überalterung der Partei umgehen müssen. Das bedeutet veränderte Mobilisierungsformen in Wahlkämpfen aber auch im Parteialltag. Schon heute ist das in einem verringerten und kurzfristigerem Engagement bei der klassischen Parteiarbeit (Plakatieren, Verteilen, Teilnahme an Versammlungen, Übernahme von Vorstandsaufgaben etc.) zu erkennen.

Das Präsidium und der Landesvorstand haben die Diskussion über die Konsequenzen aus dieser Entwicklung eröffnet und durch die Einsetzung einer Kommission unterstützt. Erste Ergebnisse sind ein Selbstverpflichtungsbeschluss zu „... kontinuierlichen Maßnahmen zur Mitgliederwerbung, Organisationsentwicklung und Stärkung der Partei bei Wahlen“ und ein kontinuierliches Mitgliedermonitoring, wie es bei anderen großen Organisationen, wie z.B. den Gewerkschaften, üblich ist.

Auf die hauptamtliche Organisation unserer Partei kommen schwierige Aufgaben zu. Manches, aber nicht alles, was bisher ehrenamtlich geleistet wurde, müssen wir durch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auffangen. Eine schlagkräftig und effizient arbeitende hauptamtliche Organisation ist die Voraussetzung der Mitgliederpartei SPD. Daran müssen

wir arbeiten. Das wird aber nicht ausreichen. Wir müssen auch die Strukturen und die Art und Weise unserer Parteiarbeit verändern, wenn wir als Mitgliederpartei erfolgreich bleiben wollen. Schon immer galt, dass nur Mitglieder, die erkennen können, dass sich ihre Meinung und ihre Beteiligung an der Diskussion auch in der Politik der Partei niederschlagen, bereit sein werden, sich zu engagieren. Hinzu kommt, dass die Verpflichtung, sich aus weltanschaulichen Gründen in der SPD dauerhaft mit hohem Einsatz zu engagieren, verändert hat. Politik muß heute Spaß machen und sich auch für den Einzelnen lohnen. Dem entspricht die Praxis unserer Partei aber nicht immer. Auch daran müssen wir arbeiten. ■

BERICHT DER LANDESSCHIEDSKOMMISSION

Während des Berichtszeitraums sind drei Verfahren durchgeführt worden.

Am 15. Oktober 2013 hat die Landesschiedskommission aus formellen Gründen den Parteiausschluss bestätigt, den die Kreisschiedskommission des Kreisverbands Rottweil bei einem Mitglied wegen dessen beleidigender Äußerungen gegenüber dem damaligen FDP-Bundesvorsitzenden beim Dreikönigstreffen in Stuttgart am 6. Januar 2012 beschlossen hatte. Die Berufung war nicht fristgemäß und ohne die erforderliche Begründung eingelegt worden.

Am 23. April 2014 hat die Landesschiedskommission die tatsächlich und rechtlich komplizierte Wahlanfechtung eines bei der Aufstellung der Kommunalwahlliste nicht mehr berücksichtigten Stadtrats der Stadt Mosbach abgewiesen. Der Antragsteller hatte sich dagegen gewehrt, dass die nach den Statuten für die Aufstellung der Kommunalwahlliste zuständige Stadtverbandsversammlung – abweichend von der

bisherigen Praxis – den Vorschlag der Mitgliederversammlung seines Ortsvereins nicht berücksichtigt hatte, in dem er auf Platz 1 der Liste für die unechte Teilortswahl in diesem Stadtteil gesetzt worden war. Die Bundesschiedskommission hat am 22. Juli 2014 die Entscheidung der Landesschiedskommission inhaltlich voll bestätigt.

In einem weiteren Wahlanfechtungsverfahren hat die Landesschiedskommission das Verfahren am 4. Juni 2014 eingestellt, nachdem der Antragsteller seinen Antrag unmittelbar vor der mündlichen Verhandlung zurückgenommen hatte. In dem Verfahren ging es um die Wahlanfechtung bzw. Feststellung der Nichtigkeit der Vorstandswahl eines SPD-Ortsvereins in Stuttgart.

Norbert Schröder-Klings
Vorsitzender

25. Juni 2015

BERICHT DER KONTROLL-KOMMISSION VON 2013 BIS 2015

Die Kontrollkommission hat sich seit der Konstituierung am 25.11.2013 zu insgesamt acht Sitzungen getroffen, wovon drei als Telefonkonferenzen abgehalten wurden. Die stellvertretende Landesgeschäftsführerin Anni Betz war immer anwesend, in der Regel auch der Schatzmeister Karl-Ulrich Templ sowie bei Bedarf der Landesgeschäftsführer Marten Jennerjahn.

Haushalt und Finanzen

Die mittelfristigen Finanzplanungen 2013 bis 2017 sowie 2015 bis 2019 wurden der Kontrollkommission vorgelegt. Die Haushalte 2013, 2014 wurden ausführlich erläutert, ebenso der vorläufige Haushalt 2015. Die Einnahmen und Ausgaben waren klar ersichtlich und nachvollziehbar. Der größte Posten sind die Personalausgaben mit ca. 2,8 Mio. €. Aus dem vorläufigen Haushaltsabschluss 2013 ergab sich die Frage nach den stark angestiegenen Personalkosten. Die erhöhten Ausgaben resultierten aus der Besetzung von offenen Planstellen, überlappenden Lohnzahlungen während der Einarbeitung von neuem Personal durch ausscheidende Mitarbeiter/-innen sowie aus Tarifierhöhungen. Im Jahr 2014 war wegen Krankheit und Reha eine ebenfalls schwierige Personalsituation in der „Finanzabteilung“ zu verkräften.

Die Kontrollkommission unterstützt die Offenlegung der Gehälter von Politikerinnen und Politikern sowie deren mandatsbedingte Entschädigungen.

Neben den staatlichen Mitteln in Höhe von ca. 1,5 Mio. € stellen die Mitgliedsbeiträge und Mandatsträgerbeiträge die größte Einnahme-

quelle dar. Der demographische Wandel macht sich auch bei der SPD bemerkbar. Die Mitgliedsbeiträge konnten trotz dem Rückgang der Mitglieder um 1,8 Prozent auf 2,5 Mio. € gehalten werden.

Wahlen

2014 fand die Europa-Wahl statt. Die Wahlkampfkosten konnten mit 114 T. € unter den vorgesehenen Kosten von 192 T. € abgeschlossen werden. Die zukünftige Landtagswahl 2016 wird auch mit Mitteln aus den Haushalten 2013 und 2014 finanziert (pauschale Minderausgaben). Strukturschwache Wahlkreise erhalten Mittel aus dem Strukturfonds.

In ihrem Auftrag begleitender Revision hat die Kontrollkommission stichprobenartig die ordnungsgemäße Abwicklung der Buchführung überprüft. Auch die Barkasse wurde regelmäßig kontrolliert. Die Kontrollkommission kann dem Landesverband eine ordnungsgemäße Buch- und Kassenführung bestätigen. Auch die Buchhaltung, die Kassenführung und die Belege der Jusos wurden von der Kontrollkommission geprüft. Es gab keinen Anlass zu Beanstandungen. Die Kontrollkommission schlägt dem Parteitag die Entlastung des Landesvorstandes vor.

Karin Rehbock-Zureich

Vorsitzende

Rudolf Bindig, Markus Furtwängler,
Hans-Jürgen Gottwald, Doris Schmettkordt
Mitglieder

September 2015

KASSENBERICHT

2013 / 2014

* Rückstellung für Pensionssicherungsverein, sowie aufgrund der gesetzlichen Regelungen buchungstechnische Rückstellung für Altersteilzeit sowie Alt-Urlaubsansprüche und Überstunden

** Entsprechend den gesetzlichen Vorschriften sind Verrechnungen nur z.T. berücksichtigt.

	Abschluss 2013	Abschluss 2014
Einnahmen	Euro	Euro
Mitgliedsbeiträge	2.506.288,64	2.550.249,96
Mandatsträgersbeiträge u.ä.	308.175,00	296.625,85
Zinseinnahmen		
Einn. a. sonst. Vermögen	2.664,36	4.516,35
Einn. a. Veranstaltungen	39.183,51	9.060,28
Einn. a. Druckschriften	9.524,93	5.507,65
Einn. a. sonst. Tätigkeit	14.217,79	13.732,62
Spenden v. nat. Personen	12.492,28	4.219,54
Spenden v. jur. Personen	60.000,00	55.000,00
Staatsmittel	1.520.957,00	1.512.481,08
Zuschüsse von Gliederungen**	286.650,00	200.200,00
Sonstige Einnahmen	1.741,31	6.445,99
Gesamt	4.761.894,82	4.658.039,32

Ausgaben	Euro	Euro
Personalausgaben*	2.735.537,60	2.780.501,62
Ausgaben des lfd. Geschäftsbetriebes	703.080,21	725.573,59
Allgemeine politische Arbeit	478.775,83	305.624,80
Europawahl	0,00	102.805,02
Bundestagswahl	278.293,36	80,00
Landtagswahl	0,00	40,17
Kommunalwahl	10.974,52	42.180,70
Zuschüsse an Gliederungen**	6.437,34	24.951,40
Zinsaufwendungen Abschr. Forderungen	36.631,90	30.230,04
Betriebsrente (Verzinsung Rückstellung)		
Sonstige Ausgaben	0,03	5.185,66
Gesamt	4.249.730,79	4.017.173,00

Einnahmen insgesamt	4.761.894,82	4.658.039,32
Ausgaben insgesamt	4.249.730,79	4.017.173,00
Haushaltssaldo	512.164,03	640.866,32

ORGANISATIONSBERICHT

2013 BIS 2015

Mitgliederentwicklung

Die Mitgliederentwicklung der baden-württembergischen SPD war in den vergangenen beiden Jahren geprägt von der politischen Lage im Umfeld von vier Wahlkämpfen. Einem Zuwachs im Zuge des bundesweiten Mitgliedervotums zum Koalitionsvertrag Ende 2013 folgte eine leichte Stagnation im Frühjahr 2014. Die Kommunalwahlen führten dann wieder zu einer verstärkten Eintrittsbewegung, vor allem von Nichtmitgliedern, welche auf den Listen der SPD kandidierten. Nach den Wahlen 2014 setzte dann ein leichter Abwärtstrend ein, der sich auch im Jahr 2015 fortsetzte. Im Gesamtergebnis des Berichtszeitraumes bleibt die Zahl der Mitglieder daher weiterhin rückläufig, auch wenn es uns, wie seit 2008, weiterhin gelingt, die Zahl der Austritte durch Neueintritte fast vollständig zu kompensieren.

Im Zuge des Kommunalwahlkampfes 2014 und der Vorbereitung des Landtagswahlkampfes unternahmen viele Gliederungen auch Aktivitäten zur Gewinnung von Neumitgliedern im politischen Umfeld. Besonders im Kommunalwahlkampf gab es einige Aktionen zu verzeichnen, speziell in Kreisen, in denen die SPD traditionell nicht so stark ist, wie im nördlichen Schwarzwald. Hilfreich war dabei, dass es 2013 und 2014 gelang, Mittel aus dem bundesweiten Innovationsfonds für Projekte zur Mitglieder mobilisierung und zur Steigerung unserer politischen Anziehungskraft auf mit der SPD sympathisierende Menschen auch nach Baden-Württemberg zu holen. Nach den Landtagswahlen werden wir die verschiedenen Projekte der vergangenen Jahre auswerten und die daraus gewonnenen Erkenntnisse für Mitgliederkampagnen und Mobilisierungsaktivitäten in Baden-Württemberg nutzbar machen.

Es bleibt aber ein nicht unerhebliches Problem der SPD auch in Baden-Württemberg, dass der



Jetzt Mitmachen und Mitglied werden

Altersdurchschnitt unserer Mitglieder immer weiter steigt. Entgegnet werden kann dieser negativen Entwicklung durch verstärkte und systematische Bemühungen, neue Mitglieder zu werben und bisherige zu halten. Dieses Ansinnen hat der Landesvorstand als einen zentralen Schwerpunkt seiner Arbeit gesetzt. Die von der Arbeitsgruppe Mitgliederentwicklung im Auftrag des Landesvorstandes vorbereiteten und von der Kreisvorsitzendenkonferenz dann gefassten Beschlüsse zum Mitgliedermonitoring, zur Mobilisierung und zur besseren Verankerung des Themas auf allen Ebenen der SPD sind dafür Ausdruck. Zur Untermauerung und inhaltlichen Vorbereitung regionaler Mitgliederwerbeaktionen stehen über die Regionalzentren Präsentationen und Vorlagen zur Planung auf Ortsvereins- und Kreisebene bereit. Praxisbeispiele für gelungene Aktionen und Kampagnenelemente wurden im Internet und über den Newsletter veröffentlicht sowie bei verschiedenen Sitzungen des Landesvorstandes mit den Kreisvorsitzenden erläutert. Auch das in einem ersten Schritt auf die Kommunalwahl 2014 ausgerichtete Nachwuchsförderprogramm der SPD Baden-Württemberg soll langfristig dem Ziel der Mitgliedergewinnung und der Stärkung unserer politischen Basis dienen. Es wird daher in der kommenden Arbeitsperiode fortgesetzt.

Eine positive Mitgliederentwicklung kann nur erzielt werden, wenn das Thema auf allen Ebenen der Partei mit der notwendigen Ernsthaftigkeit behandelt und verfolgt wird. Durch Geradlinigkeit, interessante Aktionen und eine offensive und ehrliche Darstellung der SPD in der Öffentlichkeit gelingt Mitgliederwerbung, wie Beispiele zeigen, auch in vermeintlich schwierigen politischen Zeiten. Eine besondere Bedeutung beim Werben und Halten unserer Mitglieder kommt sicher den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern auf den unterschiedlichen Ebenen zu. Auch hier gilt es noch einiges zu tun und zu verbessern, sind es doch vor allem die Mandatsträger, welche durch ihre Darstellung in der Öffentlichkeit das Bild der Partei ausmachen und Menschen zum Beitritt motivieren können.

Viele Gliederungen der baden-württembergischen SPD haben sich im Berichtszeitraum an der bundesweiten Nachbarschaftskampagne der SPD beteiligt. Die Kreisverbände Konstanz und Ravensburg sind dabei als Projektregionen ausgewählt worden, welche von einer durch den Parteivorstand unterstützten Organisationsberaterin unterstützt werden, um neue Ideen und Formen der politischen Ansprache auszuprobieren und Erfahrungen in der politischen Feldarbeit für die SPD zu sammeln.

Organisationentwicklung

Mit der endgültigen Integration der Geschäftsstelle Pforzheim in das RZ Karlsruhe im Jahr 2014 ist der Prozess der Zusammenlegung der Büroeinheiten im Land mit deutlich verbesserter personeller Ausstattung nun abgeschlossen.

Weit vorangeschritten ist darüber hinaus die Angleichung der technischen Ausstattung aller RZ. Hier wird, wie im Organisationskonzept zugesagt, ein einheitlicher Dienstleistungsstandard für alle Gliederungen Einzug halten. Mit

gezielten Investitionen in Kampagnenausrüstung, EDV und Druck sowie im Medienbereich werden wir die Kampagnenfähigkeit der Regionalzentren als zentraler Organisationseinheit des Landesverbandes weiter stärken. Wichtige Schritte dazu wurden im Zusammenhang der Wahlkämpfe 2013 und 2014 unternommen.

Im Ergebnis der Arbeit der vergangenen Jahre und im Lichte der Wahlkampagnen zur Kommunal- und Europawahl sowie des aktuellen Landtagswahlkampfes wird es in Zukunft noch stärker darauf ankommen, ein verbessertes Zusammenwirken der Mandatsträger und Fraktionen mit den Gliederungen der Partei und den Regionalzentren zu etablieren. Die geringer gewordene Präsenz klassischer Parteibüros in der Fläche des Landes richtet den Blick der Basis und der Öffentlichkeit verstärkt auf die Mandatsträger aus Bund, Land, Europa und Kommunen. Hier werden wir unsere Anstrengungen verstärken müssen, an die Abgeordnetenbüros angelehnte Bürgerbüros und -zentren für die örtlichen Gliederungen zu bilden. Die Präsenz der SPD in Baden-Württemberg kann und wird auch in absehbarer Zukunft nicht mehr durch den Landesverband allein hergestellt werden. Alle Gliederungsebenen und Funktionsträger sind hier gemeinsam gefordert.

Marten Jennerjahn

Landesgeschäftsführer



BERICHTE

- Landtagsfraktion
- Landesgruppe im Bundestag
- Abgeordnete im Europaparlament

BERICHT DER LANDTAGSFRAKTION



Baden-Württemberg steht sehr gut da. Die Menschen sind stolz auf unser Land und glauben, dass es sich unter Grün-Rot in die richtige Richtung entwickelt. Die meisten loben uns als Musterland. Und viele woanders beneiden uns darum. Was man auf den ersten Blick nicht vermutet: Baden-Württemberg ist im Kern auch ein Musterland sozialdemokratischer Wertvorstellungen. Ein Land, wo der Wert der Arbeit etwas zählt, wo die Menschen ein Gespür für Gerechtigkeit haben und zugleich eine starke Zusammengehörigkeit empfinden. Unser Motto „**Gute Arbeit. Gutes Leben. Gutes Land.**“ soll genau dies ausdrücken.

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich im Laufe der Legislaturperiode dazu entschieden, vornehmlich drei politische Schwerpunkte zu belegen und zu kommunizieren: Gute Arbeit, gerechte Bildung und starke Familien. In diesem Dreiklang für Baden-Württemberg ziehen wir mit der Partei an einem Strang.

Gute Arbeit sichert Wohlstand

Grün-Rot stärkt den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und macht ihn zu einem Musterland für gute Arbeit. Es gilt, den erreichten Wohlstand für die Menschen in der Breite zu sichern. Anstrengen müssen wir uns, um den Fachkräftebedarf zu sichern. Das ist ohne ge-

regelte Zuwanderung nicht zu schaffen. Auch Flüchtlingen öffnen wir schneller Wege in den Arbeitsmarkt.

Moderne Infrastruktur: Grün-Rot hat sich im März 2014 mit dem Landkreistag über die Unterhaltsmittel für Bundes- und Landesstraßen geeinigt und damit einen seit Jahren bestehenden Konflikt beendet. Danach erhalten die Landkreise bis 2018 rund 280 Mio. Euro für den Straßenunterhalt. Bei Sanierung und Neubau von Landes- wie Bundesstraßen gibt Grün-Rot richtig Gas. Die Investitionen stellen alles in den Schatten, was hier die Vorgängerregierung zustande gebracht hat. Ein weiteres Anliegen ist der Breitbandausbau. Baden-Württemberg ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern bereits sehr gut aufgestellt. Dennoch wurden die Mittel für den weiteren Breitbandausbau deutlich von Seiten des Landes aufgestockt, um eine bestmögliche Versorgung zu gewährleisten.

Landestariftreue- und Mindestlohngesetz:

Grün-Rot hat ein Tariftreuegesetz eingeführt. Künftig erhalten nur solche Unternehmen einen öffentlichen Auftrag, die geltende Tarife einhalten und ihren Beschäftigten in der Regel mindestens 8,50 Euro pro Stunde zahlen. Damit schieben wir Wettbewerbsverzerrung und Lohndumping einen Riegel vor. Das seit

SO REGIERT MAN EIN GUTES LAND: GUTE ARBEIT, GERECHTE BILDUNG, STARKE FAMILIEN

Beginn des Jahres 2015 geltende Mindestlohn-gesetz des Bundes ist eine wichtige Ergänzung.

Bildungszeitgesetz stärkt Weiterbildung: Auf Drängen der SPD wurde auch in Baden-Württemberg ein Bildungszeitgesetz eingeführt, wie es dies bereits in 13 anderen Bundesländern gibt. Die Wirtschaft wurde dadurch nicht geschwächt. Im Gegenteil: Die Freistellungsregelung für Weiterbildung stärkt die Qualifikation der Fachkräfte.

Arbeit zukunftsfähig machen: Die Arbeitswelt wandelt sich infolge der digitalen Technologien rasant. Industrie 4.0 ist ein Megatrend. Wir begreifen dieses Thema als Schlüssel für die Wirtschaft in Baden-Württemberg, auch in Zukunft Weltspitze zu sein. Zu diesem Zweck hat Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid die Allianz Industrie 4.0 gegründet. Digitalisierung erlaubt arbeitnehmer- und familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle. Nur im engen Dialog mit den Beschäftigten, den Anwendern und Verbrauchern werden wir auch Baden-Württemberg 4.0 zu einem Modell für gute Arbeit und gutes Leben machen.

Arbeitslose in Beschäftigung bringen: Mit dem Landesarbeitsmarktprogramm und seinen Bausteinen sozialer Arbeitsmarkt, Ausbildung für Benachteiligte, Nachhaltigkeit bei der Integration, Arbeitslosenberatung sowie Arbeit und Gesundheit kümmern wir uns um jene Menschen, die trotz des deutlichen Aufschwungs auf dem Arbeitsmarkt weiterhin benachteiligt sind.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Gerade die SPD hat sich die gleiche Bezahlung von Leiharbeitskräften und Stammebelegschaften auf die Fahnen geschrieben. Mit Werkverträgen darf nicht länger Schindluder getrieben werden. Wir wollen Anreize für reguläre Beschäftigung schaffen.

Bildungschancen verbessern

Gute Bildung ist der Schlüssel für Teilhabe und sozialen Aufstieg. Zugleich bildet sie die Grundvoraussetzung für Wachstum und Wohlstand in unserem rohstoffarmen Bundesland. Deshalb tun wir alles dafür, dass die soziale Herkunft nicht länger den Weg zu guter Bildung vorbestimmt. Die SPD glaubt an den Grundsatz „Aufstieg durch Bildung“.

Ganztagsgrundschule im Schulgesetz: Grün-Rot hat eine Einigung mit den Kommunalen Landesverbänden über die gesetzliche Verankerung der Ganztagsgrundschule im Schulgesetz erreicht. Ein historischer Erfolg! Unser Fundament bietet ein neues Konzept, das seit dem Schuljahr 2014/15 gilt und bis 2023 gut 70 Prozent der Grundschulen im Land ein Ganztags-schulangebot ermöglicht.

Regionale Schulentwicklung: Bei der Weiterentwicklung unserer Bildungslandschaft hat die CDU die Zeichen der Zeit verschlafen. Die nötige Anpassung der Schulstrukturen hat nichts mit Ideologie zu tun, sondern mit einer veränderten Realität, vor allem dem demografischen Wandel. Es geht darum, langfristig leistungsstarke und effiziente Schulstandorte mit vielfältigen Bildungsabschlüssen zu sichern. Dies kann von

*Freundschaftsbesuch von
MP Winfried Kretschmann
in der Landtagsfraktion,
Juli 2014*





Edith Sitzmann
überreicht Claus Schmiedel
ein Weihnachtsgeschenk

den Kommunen vor Ort am besten in eigener Regie entwickelt werden.

Gemeinschaftsschule schon jetzt Erfolgsmodell: Unsere Antwort auf den Wunsch vieler Eltern nach mehr Ganztagsangeboten, mehr Inklusion, mehr individueller Förderung, mehr Bildungsgerechtigkeit sowie einem wohnortnahen weiterführenden Schulangebot ist die Gemeinschaftsschule. Sie ist offen für alle Leistungsstufen und trennt nicht in die klassischen Bildungsgänge des dreigliedrigen Schulsystems. Zugleich ermöglicht diese Schulart das Erreichen sämtlicher Schulabschlüsse. Die bisherige Resonanz auf die Gemeinschaftsschule ist sehr positiv. Sie ist mit 271 öffentlichen Schulstandorten im Schuljahr 2015/16 in der Fläche angekommen.

Angebot für Schulfrieden: Es wäre ein Segen für unser Land, wenn wir einen Schulkonsens in der Strukturfrage erreichen könnten. Das Angebot der SPD steht. In den Kommunen ist dieser Schulkonsens zu einem Zwei-Säulen-Modell doch längst Wirklichkeit - und die CDU mit im Boot. Auch viele Verbände, Wirtschaft und Handwerk, vor allem aber die Eltern selbst wären dankbar, wenn für längere Zeit Ruhe an dieser Front einziehen könnte.

Ausbau der Schulsozialarbeit: Das Land beteiligt sich seit 2012 zu einem Drittel an den

Kosten der Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen. Durch den Wiedereinstieg in die Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit und die Erhöhung des Fördervolumens auf 25 Mio. Euro bekämpfen wir soziale Benachteiligungen. Heute gibt es rund 30 Prozent mehr Schulsozialarbeiter-Stellen im Land als vor dem Regierungswechsel.

Weiterentwicklung der Realschule: Mit Einführung des neuen Bildungsplans 2016 wird der Hauptschulabschluss auch an der Realschule als Regelabschluss eingeführt. Zur Stärkung der individuellen Förderung erhalten die Realschulen hierfür in den kommenden Jahren die erforderlichen Ressourcen.

Ausbau der Inklusion: Mädchen und Jungen mit Behinderung gehören in die Mitte der Gesellschaft, nicht an ihren Rand. Deshalb ist Inklusion eine Aufgabe für alle Schularten, die es nicht zum Nulltarif geben kann. Diese Grundsätze bilden die Leitplanken und prägen die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems in Baden-Württemberg. Die entsprechende Schulgesetzänderung, welche die Sonderschulpflicht abgeschafft und den Eltern prinzipiell Wahlfreiheit eröffnet hat, muss als historischer Meilenstein der baden-württembergischen Bildungsgeschichte gewertet werden.

Familien stärken und entlasten

Männer und Frauen wollen heute gleichermaßen Kinder und Beruf unter einen Hut bringen. Dafür muss die Politik Voraussetzungen schaffen, damit partnerschaftliche Familienmodelle auch wirklich lebbar sind. Familien brauchen Zeit, Geld und Kinderbetreuungsangebote, um die Art ihres Miteinanders frei wählen zu können.

„Pakt für Familien“ mit den Kommunen für mehr Kinderbetreuung: Mit einem Landesinvestitionsprogramm werden die Mittel zur

Förderung der Kleinkindbetreuung bis 2016 auf 795 Mio. Euro aufgestockt. Gleichzeitig legt das Land ein einmaliges Förderprogramm in Höhe von 50 Mio. Euro für den U3-Ausbau auf. Das Land steht außerdem zu seiner Zusage, unter Berücksichtigung der Bundesmittel 68 Prozent der Betriebsausgaben pro Kind zu tragen.

Aktive Wohnraumpolitik: Familien brauchen Wohnungen, die bezahlbar sind. Deshalb hat Grün-Rot die Fördermittel für preiswerte Wohnungen auf 101 Mio. Euro für die Jahre 2015 und 2016 erhöht und damit seit 2010/2011 fast verdreifacht. Wir geben den Kommunen die Möglichkeit, zielgerichtet gegen Wohnungsmangel vorzugehen und Zweckentfremdung von Wohnraum zu untersagen.

Gutes Leben im Alter: Mit dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz ist es künftig leichter, so lange wie möglich im gewohnten Umfeld zu leben. Auch neue Wohnformen im hohen Alter werden unterstützt. Eine menschenwürdige Pflege ist ohne gute Arbeit für die Beschäftigten nicht möglich. In der Enquetekommission „Zukunft der Pflege“ setzt die SPD auf konkrete Verbesserungen für die Pflegebedürftigen, die hauptamtlichen Beschäftigten in den Pflegeeinrichtungen wie auch für die unterstützenden Familien.

Hinweis auf weitere Infos

In ihrer Öffentlichkeitsarbeit hat die SPD-Landtagsfraktion zuletzt ein großes Augenmerk auf Imagebildung und damit den Aspekt gelegt, dass baden-württembergische Mentalität und sozialdemokratische Grundwerte sehr gut zusammenpassen. Woran also orientieren sich die SPD-Abgeordneten bei ihrer politischen Arbeit im Landtag? Warum bringt der Slogan „Gute Arbeit. Gutes Leben. Gutes Land.“ auf den Punkt, wofür wir selbst stehen und was unser Land so einzigartig macht? In der Broschüre „**Ein gutes**

Land noch besser machen“ werden diese Fragen anschaulich beantwortet. Das Heft kann – auch in größerer Stückzahl – kostenlos bestellt werden.

In dasselbe Horn bläst unser Imagefilm. Menschen wie du und ich erzählen darin, was die SPD und ihre Volksvertreter mit den Stärken Baden-Württembergs zu tun haben. Gemessen daran, wie die Leute hierzulande so ticken und handeln, ist unser Land nämlich erstaunlich sozialdemokratisch gefärbt. Der Film wurde auf Facebook und Youtube bislang mehr als 2.000-mal angeklickt. Er kann über YouTube auch ganz einfach in die eigene Homepage eingebettet werden. Und für Vorführungen aller Art gibt es unseren Imagefilm kostenlos auch auf USB-Stick in verschiedenen Dateiformaten.

Weitere Informationen auch zu anderen Politikgebieten jenseits der verfolgten Schwerpunkte gibt es auf unserer Homepage unter www.spd.landtag-bw.de wie auch auf den Internet-Portalen der Landesregierung und der einzelnen Ministerien. ■



*Ehrung Handwerk
durch BWHT-Präsident
Joachim Möhrle Juli 2012*



Sommerfest – Landtagsvizepräsident Wolfgang Drexler, Ministerpräsident Winfried Kretschmann und die beiden Fraktionschefs Edith Sitzmann und Claus Schmiedel

BERICHT DER LANDESGRUPPE IM BUNDESTAG

Als Landesgruppe vertreten wir die Interessen des Landes in der Bundestagsfraktion sowie gegenüber der Bundesregierung. Vorsitzende der Landesgruppe ist Katja Mast, Heike Baehrens und Lothar Binding sind stellvertre-

tende Vorsitzende. Die Landesgruppe ist in der Bundesregierung und in der Bundestagsfraktion gut aufgestellt sowie in den Ausschüssen des Deutschen Bundestags in zentralen Funktionen stark vertreten:



Telefonsprechstunde
der Landesgruppe

	Ausschuss	Funktion
Rainer Arnold	• Verteidigung	Sprecher
Heike Baehrens	• Gesundheit	Stv. Sprecherin
Lothar Binding	• Finanzen	Sprecher
Prof. Dr. Lars Castellucci	• Innen • Angelegenheiten der EU	Sprecher AG Demokratie
Elvira Drobinski-Weiß	• Recht und Verbraucherschutz • Ernährung und Landwirtschaft	Sprecherin AG Verbraucherpolitik
Dr. h. c. Gernot Erler	Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft	
Saskia Esken	• Bildung/Forschung • Digitale Agenda	
Dr. Johannes Fechner	Recht und Verbraucherschutz • Wahlprüfung, Immunität, GO	Sprecher
Martin Gerster	• Haushalt	
Josip Juratovic	• Auswärtiges • Wirtsch. Zusammenarbeit/Entw.	Integrationsbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion
Gabriele Katzmarek	• Wirtschaft und Energie	
Christian Lange	Parlamentarischer Staatssekretär , Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	
Katja Mast	• Arbeit und Soziales	Sprecherin
Hilde Mattheis	• Gesundheit	Sprecherin
Stefan Rebmann	• Wirtsch. Zusammenarbeit/Entw.	Stv. Ausschussvorsitzender
Dr. Martin Rosemann	• Arbeit und Soziales	Projektleiter #NeueZeiten – Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel
Annette Sawade	• Verkehr, digitale Infrastruktur • Petitionen	Unterausschussvorsitzende Kommunales
Dr. Dorothee Schlegel	• Familie, Sen., Frauen, Jugend • Angelegenheiten der EU	
Rita Schwarzelühr-Sutter	Parlamentarische Staatssekretärin , Bundesmin. für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	
Ute Vogt	Stv. Fraktionsvorsitzende , Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherh., Ernährung und Landwirtschaft	

Die Landesgruppe tagt regelmäßig in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestags, um aktuelle Themen zu besprechen. Neben internen Gesprächen finden Treffen mit Vertretern von Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen aus Baden-Württemberg statt. Ein Schwerpunkt ist die Verzahnung der Landespolitik mit der Bundespolitik – hierzu gibt es einen regelmäßigen Austausch mit unseren Landesministern. Mit der Landtagsfraktion wurde die Veranstaltungsreihe „Regieren für Baden-Württemberg – Hand in Hand in Bund und Land“ ins Leben gerufen.

Baden-Württemberg auch im Bund besser zu positionieren und die Südländerinteressen zu vertreten ist das Ziel gemeinsamer Veranstaltungen mit anderen Landesgruppen.

Alle MdB sind auch vor Ort in den Wahlkreisen, Betreuungswahlkreisen und den SPD-Gliederungen aktiv. Sichtbarstes Zeichen dafür sind

über 30 Veranstaltungen der Reihe „Fraktion vor Ort“ der Bundestagsfraktion.

Stolz sind wir auf die erste bundespolitische Telefonsprechstunde aller Landesgruppenmitglieder, die auf eine positive Resonanz getroffen ist. Dies wird im Herbst fortgesetzt. Ein exklusives Politikangebot für unsere SPD-Mitglieder ist das Ziel.

Die Landesgruppe pflegt den Kontakt zu den baden-württembergischen Hauptstadtjournalisten. Neben direkten Gesprächen der einzelnen Mitglieder der Landesgruppe sowie regelmäßigen Pressegesprächen zu aktuellen Themen gehört hierzu auch der jährliche Presseabend der Landesgruppe, bei dem 2014 die Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter unser Gast war.

Katja Mast MdB

Vorsitzende der SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg



SPD-Sprecherinnen und -Sprecher der Fachausschüsse im Deutschen Bundestag aus Baden-Württemberg (v.l.n.r. Rainer Arnold, Katja Mast, Dr. Johannes Fechner, Hilde Mattheis, Lothar Binding)



Stark für Baden-Württemberg in Berlin

BERICHT DER ABGEORDNETEN IM EUROPAPARLAMENT



Den Europäischen Bürgerpreis 2014 erhielt, auf Vorschlag von Evelyne Gebhardt, die Europäische Gesellschaft für Politik, Kultur, Soziales e.V. Diaphania aus Baden-Württemberg. Das Bild zeigt Evelyne bei der Preisverleihung in Berlin zusammen mit Evangelos Goros und Carmen Würth (© Jens Schicke). Mit dem Ulmer Projekt „Die gewollte Donau“ wurde 2015 erneut ein von Evelyne eingereichter Vorschlag ausgezeichnet.

Besonders prägte den Berichtszeitraum sicherlich die Europawahl 2014. In Baden-Württemberg ist es uns gelungen, das SPD-Ergebnis um 4,9 Prozentpunkte zu steigern, was ohne die großartige Unterstützung unserer Parteibasis nicht möglich gewesen wäre. Europaweit wurde die Sozialdemokratie zweitstärkste Kraft und erstmals wurde ein durch das Wahlergebnis legitimer Kandidat zum Präsidenten der EU-Kommission gewählt – ein Meilenstein für die europäische Demokratie.

Evelyne Gebhardt MdEP:

„Als langjährige Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Binnenmarkt- und Verbraucherschutzausschuss habe ich es mir seit jeher zur Aufgabe gemacht, Verbraucherschutz voranzutreiben, der neue gesellschaftliche und technische Entwicklungen berücksichtigt. Hierzu gehören schon seit Längerem die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Umwälzungen, die das Internet mit sich gebracht hat. Der Handel im Internet sowie die damit einhergehenden schnellen Kommunikations- und Produktionswege haben sich zu einem Katalysator für den europäischen Binnenmarkt und

die europäische Integration entwickelt. Deswegen war es nie zuvor so wichtig, gemeinsame europäische Regeln zu schaffen, die das Buchen von Reisen, den Einkauf im Internet oder die Nutzung von digitalen Plattformen sicher und verbraucherfreundlich gestalten. Nationalstaatliche Regelungen vermögen es nicht, diese grenzüberschreitenden, ja globalen Herausforderungen zu kontrollieren. Deswegen setze ich mich dafür ein, dass das digitale Leben und Wirtschaften nicht nur zeitgemäß, sondern auch sozial verträglich ist. Meiner Ansicht nach löst Binnenmarktpolitik immer auch enormen arbeits- und sozialpolitischen Strukturwandel aus. Meine Aufgabe ist es, diesen sozialdemokratisch zu gestalten.“

Peter Simon MdEP:

„Als stellvertretender Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses lag der Fokus meiner Arbeit vor allem auf drei Themenbereichen: Finanzmarktregulierung, EU-Investitionspaket und Kampf gegen Steuervermeidung. Die Bankenunion sorgt für krisenfestere Finanzmärkte in Europa. Künftig haften die Banken selbst, der Steuerzahler steht bei Pleiten

nicht mehr in der vordersten Reihe. Das mit 315 Mrd. Euro ausgestattete EU-Investitionspaket – eine sozialdemokratische Forderung – zur Ankurbelung der Wirtschaft fördert europaweit strategisch wichtige Projekte wie z. B. den Breitbandausbau. Durch Steuerbetrug und -vermeidung gehen der EU jährlich 1 Billion Euro verloren. Der Kampf dagegen steht und fällt mit der Transparenz. Bei der Anti-Geldwäsche-Gesetzgebung konnten wir durchsetzen, dass sich dubiose Briefkastenfirmen zukünftig nicht mehr hinter schützender Anonymität verstecken können. Ein Riegel muss auch staatlich organisiertem Steuerdumping vorgeschoben werden. Der EP-Sonderausschuss gegen Steuervermeidung (TAXE) – in Folge der LuxLeaks-Affäre eingerichtet – hat genau diese Steuersparmodelle zu Gunsten ausgewählter multinationaler Unternehmen im Visier. Mein Ziel als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion: Solche illegitimen Praktiken müssen illegal werden!“

Ein reger und regelmäßiger Austausch mit den verschiedensten Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern ist für unsere erfolgreiche Arbeit unerlässlich. In den knapp 40 Sitzungswochen pro Jahr empfangen wir daher zahlreiche Besuchergruppen, darunter Vereine, Schulklassen und ganze Kommunalparlamente. Zusätzlich besuchten wir hunderte Veranstaltungen von SPD-Gliederungen, Gewerkschaften, Verbänden oder Initiativen und nahmen Vor-Ort-Termine wahr. Themen wie die Sicherung unserer bewährten Daseinsvorsorge, die europäische Flüchtlingspolitik oder das Freihandelsabkommen TTIP spielten dabei eine große Rolle. Unseren tatkräftigen Genossinnen und Genossen vor Ort, die diese Termine zum großen Teil organisieren, möchten wir auf diesem Wege herzlich danken.

**Evelyne Gebhardt
& Peter Simon**



Peter Simon und Evelyne Gebhardt auf dem Kandidierendenkonvent zur Europawahl am 22. Februar 2014 in Frankfurt am Main.



Unterzeichnung des EU-Gesetzes für neue Regeln im Kampf gegen Geldwäsche, das Peter Simon für die Sozialdemokraten federführend bearbeitet hatte, durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, und die lettische Ratspräsidentschaft. (© Europäische Union 2015)

ARBEITS- GEMEINSCHAFTEN UND SGK

- AfA – Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD
- ASF – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
- Arbeitsgemeinschaft der Jusos in der SPD
- AG 60 plus - Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren
- ASJ – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen
- ASG – Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen
- AGS - Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD
- Schwusos – Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD
- AfB – Arbeitsgemeinschaft für Bildung
- Netzwerk SelbstAktiv
- SGK – Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik

AfA – ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN

Der amtierende AfA-Landesvorstand wurde im November 2013 in Pforzheim gewählt. Vorsitzender ist Udo Lutz, seine Stellvertreter sind Lillo Chianta und Marion von Wartenberg. Weiter gehören dem Landesvorstand Cordula Becker, Dr. Katrin Distler, Haydar Dogan, Helmut Laser (Rücktritt 2014), Tanja Majer, Georg Patzek, Raphael Pfaff, Helmut Roth (verstorben Mai 2015), Adnan Sabah, Regina Schmidt-Kühner, Michael Seis und Michael Weiß an. Die Landesvorstandsmitglieder decken ein weites Spektrum an Fachkompetenz ab.

Abschied nehmen mussten wir leider von Lothar Zimmermann, AfA-Landesvorsitzender von 1979 bis 1983, und von Helmut Roth, seit 2003 Mitglied im AfA-Landesvorstand. Ihr Verlust schmerzt uns sehr.

Der AfA-Landesvorstand tagt in der Regel monatlich in Stuttgart, meist mit der Möglichkeit, daran per Telefonkonferenz teilzunehmen. Dabei haben wir uns insbesondere mit den Themen Leiharbeit und Werkverträgen, Tarifeinheitsgesetz und Mobiles Arbeiten auseinandergesetzt. Aber auch mit den Freihandelsabkommen TTIP und CETA haben wir uns beschäftigt. Im Januar 2015 fand eine eintägige Klausurtagung in Stuttgart statt, an der Katja Mast über die arbeitspolitischen Schwerpunkte der Landes- und Bundespolitik berichtete. Durch das breite Themenspektrum konnten wir 12 Pressemitteilungen auf den Weg bringen. Unsere Mitteilung gegen die Machenschaften des BdS fand sogar bundesweit Aufmerksamkeit. Unsere Stellungnahmen zu TTIP und Vorratsdatenspeicherung fanden parteiintern großen Anklang. Es war zu spüren, dass wir die Themen der Basis setzen.

„Modellstadt Mannheim: Übergang Schule & Beruf“ lautete der Titel einer Veranstaltung in Mannheim, zu der wir gemeinsam mit dem ört-

lichen AfA-Kreisverband eingeladen hatten. Zu TTIP planen wir eine Veranstaltung mit Bernd Lange MdEP. Besonders erfreulich ist, dass unsere Kreisverbände immer stärker werden und große Veranstaltungen durchführen können. Zu TTIP machte beispielsweise die AfA Region Freiburg eine Diskussion mit fast 80 Besuchern. Dabei kamen vor allem Menschen ohne Parteibuch und tauschten sich mit Evelyn Gebhardt aus.

Beinahe schon traditionell ist unser Sommerempfang für Betriebs- und Personalräte, der seit 2010 jährlich im Waldheim Heslach in Stuttgart stattfindet. Im Berichtszeitraum sprachen u.a. Nikolaus Landgraf, DGB-Landesvorsitzender, und Leni Breymaier, ver.di-Landesbezirksleiterin, zu den zahlreichen erschienenen Arbeitnehmervertretern.

Vom 4. bis 6. April 2014 fand in Leipzig die AfA-Bundeskonferenz statt. Baden-Württemberg nahm mit 15 Delegierten teil. Bei den Wahlen zum AfA-Bundesvorstand wurde Udo Lutz erneut zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt.

Mit den anderen SPD-Arbeitsgemeinschaften arbeitet die AfA eng zusammen. Wir beteiligen uns an den AG-Vorsitzenden-Treffen. Besonders zur ASF besteht ein sehr enger Draht. Mit ihr haben wir auch verschiedene Pressemitteilungen herausgegeben. An Landesparteitagen haben wir uns wieder mit zahlreichen Anträgen eingebracht.

Derzeit bereiten wir unsere Landesdelegiertenkonferenz vor, die im November in Donau-eschingen stattfinden wird.

Für den Vorstand:

Udo Lutz

Landesvorsitzender der AfA



*AfA-BW-Delegation mit
Vorsitzendem bei Bundes-
konferenz 2014 in Leipzig*

*Mindestlohn
Gabriele Frenzer-Wolf,
Udo Lutz, Leni Breymaier,
Manuela Rukavina*

*Katja Mast zu Gast bei der
AfA-Klausurtagung 2015*

ASF – ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN



*ASF Fahnenaktion
zum „Internationalen Tag
der Gewalt gegen Frauen“
im November 2014*

Der ASF-Landesvorstand tagt in der Regel monatlich. Regelmäßig laden wir auch zu Landesausschusssitzungen ein, die meist in den Kreisverbänden stattfinden. Im Berichtszeitraum waren wir zu Gast in Schwetzingen, Ettlingen und Stuttgart, ein Termin in Schwäbisch Gmünd musste wegen des Lokführerstreiks leider abgesagt werden. Dabei hörten wir einen Vortrag über Elisabeth Selbert, informierten uns über den Ettlinger Frauen- und Familientreff, ließen uns das Frauensozialunternehmen ZORA vorstellen und über das Projekt „Plan P“ berichten. Außerdem haben wir uns zu zwei Klausurtagungen getroffen: Im April 2014 und im Juli 2015, jeweils in Schwäbisch Hall. Bei aktuellen Anlässen finden immer wieder Telefonkonferenzen statt.

Baden-Württemberg war Gastgeber der ASF-Bundeskonferenz im Juni 2014 in Karlsruhe, an der wir mit einer 15-köpfigen Delegation teilnahmen. Evelyne Gebhardt MdEP (als stellvertretende Bundesvorsitzende) und Dr. Claudia Schöning-Kalender (als Beisitzerin) wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Die ASF ist Mitglied im Landesfrauenrat und nimmt mit zwei Delegierten an den Delegiertenversammlungen teil. Für die Pressearbeit

des Landesfrauenrats zuständig ist seit Herbst 2014 Luisa Boos.

Die ASF arbeitet weiter eng mit anderen Arbeitsgemeinschaften zusammen. Zum einen finden regelmäßig Treffen der AG-Vorsitzenden statt. Auch auf Landesparteitagen sind wir immer wieder mit gemeinsamen Anträgen vertreten.

An Landesvorstandssitzungen nimmt – neben den gewählten Frauen aus dem ASF-Landesvorstand - regelmäßig ein Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes teil.

Bei jährlich wiederkehrenden Gedenktagen (z.B. Equal-Pay-Day im März, Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen im November) ist die ASF stets präsent.

Erstmals haben wir im Februar 2014 zu einem Neujahrsempfang eingeladen und dort den 60. Geburtstag von Evelyne Gebhardt MdEP mit einem Festakt begangen. Festrednerinnen waren Katrin Altpeter MdL, Leni Breymaier und Herta Däubler-Gmelin.

Zur Kommunalwahl 2014 hat der SPD-Landesverband ein Nachwuchsförderprogramm ins Leben gerufen, für das wir das Konzept entwickelt haben. Wesentliche Bestandteile waren Bildungsangebote, ein Online-Forum und ein Mentoring-Programm. Zahlreiche Frauen, junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund nahmen an diesem Nachwuchsförderprogramm teil, von denen einige erfreulicherweise den Sprung in die Kommunalparlamente geschafft haben. Für alle Kommunalwahl-Kandidatinnen und solche, die es werden wollen, haben wir ein Tagesseminar „Mein persönlicher Auftritt im Wahlkampf“ in allen Regierungsbezirken angeboten. Die Nachfrage war so groß, dass ein zusätzlicher Termin in Stuttgart durchgeführt werden musste.

Im Herbst 2014 haben wir eine Reihe „ASF-Talk“ gestartet. Den Anfang machte „SEX MACHT POLITIK“ in Stuttgart, es folgte „Roll-Back in der Gleichstellungspolitik – Fiktion oder Realität?“ Weiterhin haben wir ein Tagesseminar „Feminismus für Einsteigerinnen“ in Stuttgart angeboten. Um die tägliche Arbeit zu erleichtern, führen wir dieses Jahr in allen vier Regierungsbezirken ein Tagesseminar „ASF-Arbeit vor Ort – Tipps für den Alltag“ durch.

Unser vorrangiges Ziel ist es, die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen zu verwirklichen. Zwar konnte das Kommunalwahlrecht in der laufenden Landtags-Legislatur leicht geändert werden, eine Reform des Landtagswahlrechts – wie im Koalitionsvertrag verankert –, scheiterte bisher aber am Widerstand der SPD-Landtagsfraktion. Somit bleibt Baden-Württemberg weiterhin das einzige Bundesland mit Einstimmenwahlrecht. Die Bundestagswahl 2013 hat eindrücklich gezeigt, was ein Listenwahlrecht bewirken kann: Baden-Württemberg wird nunmehr von 10 Frauen und 10 Männern im Deutschen Bundestag vertreten. Bei der Aufstellung von Kandidat/-innen in den Wahlkreisen werden wir weiter mit Briefaktionen und Unterstützungsangeboten dafür werben, mehr Frauen zu berücksichtigen. Denn bereits jetzt zeichnet sich für die Landtagswahl 2016 ein desaströses Geschlechterverhältnis der Kandidierenden und somit auch im Ergebnis für die künftige Fraktion ab. Dass in diesem Landtagswahlkampf kandidierende Frauen zum einen bevorzugt bei der Promi-Verteilung berücksichtigt werden sollen und zum anderen Mittel aus dem Strukturfonds genutzt werden sollen, um weibliche Kandidaturen bei der Finanzierung von Großflächenplakaten zu unterstützen, betrachten wir als erste Erfolge.

Öffentlichkeitsarbeit betreiben wir zum einen mit unserer Homepage <http://asf-bw.de>. Dort

finden sich Termine, Pressemitteilungen und Veranstaltungsberichte, aber auch Positionspapiere stehen zum Download bereit. Schwerpunktthemen unserer Zeitschrift „ASF aktuell“ waren „Gewalt gegen Frauen“, „Pro und Contra Prostitutionsgesetz“ und „Frauen und Flucht“. Alle Ausgaben des ASF aktuell sind auch auf der Homepage nachzulesen.

Wir unterstützen die Arbeit der Kreisverbände, sei es durch Vermittlung von Referentinnen und Referenten, durch Unterstützung bei ASF-Neugründungen oder durch die Kommunikation der Kreisverbände miteinander. Außerdem haben die Kreisverbände die Möglichkeit, Beiträge im „ASF aktuell“ zu veröffentlichen.

Von den auf der Landesdelegiertenkonferenz 2013 in Freiburg gewählten Vorstandsfrauen sind Marie-Luise Stallecker umzugsbedingt und Sonja Elser aus gesundheitlichen Gründen leider ausgeschieden. Die nächste Landesdelegiertenkonferenz wird am 24. Oktober 2015 in Ulm stattfinden.

Anette Sorg

Landesvorsitzende der ASF



Flyer zum Nachwuchsförderprogramm



ASF Landesvorstand Wahl im Oktober 2013 in Freiburg

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER JUSOS IN DER SPD

„**G**eneration Gerechtigkeit – Heute Bewegt Morgen“ unter diesem Motto stand unsere Landesdelegiertenkonferenz im Juni 2015 in Karlsruhe. Baden-Württemberg bewegen und die Interessen der kommenden Generationen und der Jugend in und mit der SPD zu vertreten, das ist unser Selbstverständnis als Jusos Baden-Württemberg. Mit diesem gehen wir auch in den anstehenden Landtagswahlkampf. Dabei haben uns folgende Aspekte in den vergangenen zwei Jahren beschäftigt:

Nach der Bundestagswahl im Herbst 2013 begannen wir mit der inhaltlichen wie organisatorischen Konzeption unserer Kampagne zur Kommunalwahl im Mai 2014. Unter dem Titel „Wir machen Zukunft. Selbst.“ entwickelte der Juso-Landesverband eine umfassende Strategie, um die zahlreichen Jusos bei ihren Kandidaturen für die kommunalen Gremien zu unterstützen und junge Menschen an die Themen der Kommunalpolitik heranzuführen. In Rahmen von Seminaren, Workshops und Gesprächsrunden, auch in Kooperation mit anderen SPD-Arbeitsgemeinschaften, wie etwa mit der SGK und der AsF, haben wir dafür verbandsintern

*Landesvorstand
der Jusos 2015*



die Grundsteine gelegt. Durch gezielte Ansprache von Jungwähler/-innen, etwa durch eine schlagkräftige Social-Media-Kampagne, einer eigenen Kampagnen-Homepage und Vorlagen, bspw. für die Pressearbeit vor Ort, konnten wir die Kandidierenden auch in der Wahlkampfphase unterstützen. Der Erfolg ist an den Wahlergebnissen deutlich messbar: Über 180 Jusos errangen ein kommunales Mandat, eine Steigerung um 40 % gegenüber der Kommunalwahl 2009. Dies zeigt: Die Jusos gestalten konkret die Politik vor Ort und sind damit in der Fläche des gesamten Landes vertreten.

Neben den drei intensiven Wahlkämpfen der Bundestags-, Europa- und Kommunalwahl lag der Schwerpunkt unserer inhaltlichen Arbeit in den Bereichen der Bildung und Energiewende. Auf unseren Verbandswochenenden und dem mittlerweile etablierten WIR-Kongress diskutierten wir mit vielen Jusos aus dem ganzen Land und hochklassigen Referent/-innen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Aus dieser Arbeit wurden Leitanträge für die LDK entwickelt, die dort mit breiter Mehrheit Beschlusslage des Landesverbandes wurden.

Ein besonderer Fokus lag auf der Arbeit und dem Kampf gegen Rechtsextremismus. Auf dem Sonderlandesparteitag in Wiesloch wurde der von den Jusos Baden-Württemberg maßgeblich erarbeitete Leitantrag „Baden-Württemberg für Toleranz und Menschlichkeit – Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ einstimmig beschlossen.

Nach der LDK im Juni 2014 haben sich die Jusos Baden-Württemberg dem Thema der Generationengerechtigkeit in seinen vielfältigen Facetten angenommen. In verschiedenen Veranstaltungsformen beschäftigten wir uns mit der Zukunft der Sozialversicherungssysteme, einer generationengerechten Finanzpolitik, neuen Aspekten der

Familienpolitik und mit den Herausforderungen des demographischen Wandels für die Arbeitsmarktpolitik. Gemeinsam mit den Teilnehmer/-innen erarbeitete der Juso-Landesvorstand zwei umfangreiche Leitanträge für die LDK 2015 in Karlsruhe, die in den kommenden Monaten auch in die SPD Baden-Württemberg getragen werden sollen. In diesem Arbeitsjahr wird der thematische Schwerpunkt des Juso-Landesverbandes das Zukunftsthema „Digitalisierung“ sein. Im Weiteren wird der anstehende Landtagswahlkampf die Aktivitäten der Jusos in den kommenden Monaten stark prägen. Hierbei werden wir eine umfassende, eigenständige Jugendkampagne konzipieren und umsetzen, die darauf abzielt, die Landtagskandidatinnen und -kandidaten bestmöglich in ihrem Wahlkampf vor Ort zu unterstützen und wieder mehr junge Wählerinnen und Wähler für die SPD zu gewinnen. Dabei werden sich die Jusos Baden-Württemberg verstärkt in die Erstellung des Wahlprogramms einbringen. Nur wenn es uns gelingt, auch junge Menschen anzusprechen, können wir langfristig sozialdemokratische Politik umsetzen.

Wir Jusos vertreten die Anliegen der jungen Generation in der Landespolitik und in die Landesregierung hinein. Unser Einsatz für die Abschaffung der Studiengebühren, die Einführung der Gemeinschaftsschule, gegen Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen, für eine Lockerung der Tanzverbote an Feiertagen, gegen die Vorratsdatenspeicherung und nicht zuletzt für die konsequente Aufklärung der Verbindungen des NSU nach Baden-Württemberg, sind hierbei exemplarisch zu nennen. Für uns ist klar, dass uns die gemeinsamen Ziele und Überzeugungen in der SPD stärker verbinden, als uns manche Einzelfrage trennt. Nur gemeinsam können wir in Richtung Landtagswahl erfolgreich agieren, unsere Regierungserfolge verteidigen und neue Ziele formulieren. Diesen Weg wollen wir Jusos weiterhin einschlagen.



Personell stand im Sommer 2015 ein Führungswechsel im Juso-Landesverband an. Nach dreijähriger Amtszeit kandidierte der bisherige Amtsinhaber Markus Herrera Torrez aus Lauffen nicht erneut für das Amt des Landesvorsitzenden. Die Delegierten wählten auf der LDK in Karlsruhe den Friedrichshafener Leon Hahn zum neuen Landesvorsitzenden der Jusos Baden-Württemberg. Auch im Landesbüro gab es im März 2015 eine Veränderung. Nach zweieinhalb Jahren schied Jeannette Roth als Landesgeschäftsführerin aus. Auf sie folgte Andreas Lanio, der seitdem die Geschäfte des Juso-Landesverbandes führt.

*WIR-Kongress
im April 2015 in Tübingen*

Leon Hahn
Landesvorsitzender

Dem Juso-Landesvorstand gehörten im Berichtszeitraum folgende Mitglieder an:

Juso-Landesvorstand 2013/2014

Markus Herrera Torrez, KV Heilbronn
(Landesvorsitzender)
Leon Hahn, KV Bodensee
Andreas Jahn, KV Esslingen
Tijen Karimani, KV Schwäbisch-Hall/Hohenlohe
Benjamin Köpfle, KV Neckar-Odenwald
Aylin Sahin, KV Pforzheim
Lina Seitzl, KV Ortenau
Julia Söhne, KV Freiburg
Nico Waibel, KV Tübingen

Juso-Landesvorstand 2014/2015

Markus Herrera Torrez, KV Heilbronn
(Landesvorsitzender)
Daria Becker, KV Rhein-Neckar
Isabel Cademartori, KV Mannheim
Christian Dristram, KV Mannheim
Anaick Geißel, KV Stuttgart
Leon Hahn, KV Bodensee
Tijen Karimani, KV Schwäbisch-Hall/
Hohenlohe
Robin Voss, KV Böblingen
Nico Waibel, KV Tübingen

Juso-Landesvorstand 2015/2016

Leon Hahn, KV Bodensee (Landesvorsitzender)
Daria Becker, KV Rhein-Neckar
Carolin Beer, KV Karlsruhe
Isabel Cademartori, KV Mannheim
Maximilian Heß, KV Emmendingen
Lukas Hornung, KV Ostalb
Thalke Iggena, KV Freiburg
Robin Voss, KV Böblingen
Nico Waibel, KV Tübingen

Seit dem Landesparteitag 2013 tagte der Juso-Landesvorstand 22 Mal und der Landesausschuss 9 Mal.

Weitere Veranstaltungen:

Landesdelegiertenkonferenzen

- LDK 2014 – „Wir machen Zukunft. Selbst.“ in Balingen.
- LDK 2015 – „Generation Gerechtigkeit – Heute BeWegt Morgen“ in Karlsruhe.

WIR-Kongresse

- WIR-Kongress 2014 – „Miteinander. Vor Ort, im Land, für Europa“ in Karlsruhe.
- WIR-Kongress 2015 – „Unsere Zukunft. Für alle Generationen“ in Tübingen.

Verbandswochenenden

- „Bildungspolitik und Energiewende I“ in Göppingen.
- „Bildungspolitik und Energiewende II“ in Singen.
- „Generationengerechtigkeit I – Demografischer Wandel und soziale Sicherungssysteme“ in Rottweil.
- „Generationengerechtigkeit II – Familie und Finanzen“ in Ludwigsburg.

Frauenvernetzungstreffen

- „Frauen – Die Verliererinnen auf dem Arbeitsmarkt I?!?“ in Stuttgart.
- „Frauen – Die Verliererinnen auf dem Arbeitsmarkt II?!?“ in Stuttgart.
- „Neue Entwicklungen bei der Rente: Herausforderungen für Frauen“ in Stuttgart.
- „Wirtschaft als Integrationsmotor – Unternehmensgründung durch Migrantinnen“ in Mannheim.

Tagesseminare

- „Kirche und Staat“ in Heilbronn.
- „Internationale Politik“ in Karlsruhe.
- „Digitalisierung“ in Nürtingen.

Neumitgliederseminare

in Pforzheim, Schwäbisch Hall, Freudenstadt und Biberach.

Vernetzungstreffen

für Jusos im Schüler/-innenalter

Come-Together

Junge Kommunalpolitik in Stuttgart

Zusätzlich haben in allen 8 Juso-Regionen in Baden-Württemberg in regelmäßigen Abständen Regioseminare stattgefunden. ■

AG 60 PLUS – ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER SENIORINNEN UND SENIOREN



Der gesellschaftliche Wandel, mit einem besonderen Blick auf die demographische Entwicklung, und den damit einhergehenden gravierenden Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, die privaten und öffentlichen Infrastrukturangebote, die öffentlichen Haushalte und den Arbeitsmarkt bzw. auf gute Arbeit in der Zukunft, hat uns auch in diesem Berichtszeitraum weiter beschäftigt. Dabei richteten wir den Fokus stets viel mehr auf das Spannungsverhältnis zwischen Arm und Reich als auf Alt und Jung.

Wir haben uns mit Fragen der Zukunftssicherung unserer schrumpfenden und älter werdenden Gesellschaft und einer Gesellschaft, die Chancen und Vermögen insbesondere durch Vererbung zunehmend ungleich verteilt, befasst. Die Landesvorstandssitzungen finden in der Regel monatlich statt.

Dazu haben wir Gäste zu den Sitzungen eingeladen und Gespräche geführt:

- Mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Landessenorenrats, Karl-Otto Völker, haben wir uns mehrfach ausgetauscht. Auch an den Landessenorentagen und den Mitgliederversammlungen des Landessenorenrats nehmen jeweils mehrere Landesvorstandsmitglieder teil.

- Über das Thema „Rente plus Arbeit“ informierte uns Andreas Schwarz, Direktor der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg.
- Mit Dr. Johannes Berger, Parlamentarischer Berater der SPD-Landtagsfraktion, haben wir über die „Zukunft der Pflege“ diskutiert.
- Darüber hinaus haben uns auch weitere Themen beschäftigt, so z. B. „Verantwortlicher Umgang mit Informationen in Justiz und Polizei“ mit Bundesrichter a. D. Armin Nack.
- Dietmar Thamm informierte uns als „Internet-Provider“ über den „Datenschutz im Internet“
- Andreas Henke, ver.di-Pressesprecher, erörterte mit uns das Pro und Contra der Überlegungen zur „Tarifeinheit“
- Über die „Sterbehilfe“ sprachen wir mit Heike Baehrens MdB.
- Dagmar Heilsberg brachte uns die Zielsetzung des SPD-Reiseservices nahe.

Das Motto des Landesvorstandes: „Hand in Hand in Bund und Land“ für den Landtagswahlkampf passte gut zu unserer weiteren Themen-

*AG 60 plus
Neujahrsempfang 2014
mit Evelyne Gebhardt*



AG 60 plus Neujahrsempfang
2015 mit Wolfgang Thierse
(Foto Mall)



AG 60 plus Landesselegierten-
konferenz 2013 in Tübingen

wahl: Wir befassten uns mit „klassischen Themen“, wie „Eigenständiges Wohnen im Alter“, aber auch mit Themen wie Industrie 4.0 oder den technischen Möglichkeiten, im Alter zu unterstützen: Ambient Assisted Living (AAL). Weiterhin war das „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, kurz: „TTIP“ ein wichtiger Gegenstand unserer Diskussionen.

Regelmäßig berichten die 60 plus-Kreisvorsitzenden über ihre Aktivitäten vor Ort. Mit der SPD-Landtagsfraktion und ihrem seniorenpolitischen Sprecher, Thomas Reusch-Frey MdL, stehen wir im Austausch, ebenso wie mit der Generalsekretärin Katja Mast MdB.

Im Jahr 2014 feierte die SPD 60 plus ihr 20-jähriges Bestehen auf Bundesebene. Dazu fand in Mainz eine Jubiläumsveranstaltung statt, zu der rund 40 Seniorinnen und Senioren aus Baden-Württemberg mit einem Bus anreisten. Hauptredner in Mainz war Ralf Stegner MdL, stellvertretender SPD-Vorsitzender und Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein. Zu den Anfängen von 60 plus in Baden-Württemberg haben wir eine eigene Festschrift herausgegeben.

Im SPD Landesvorstand und in der Antragskommission des Landesverbandes waren wir regelmäßig vertreten. Die Zusammenarbeit des 60 plus-Vorstandes mit dem SPD-Landesvorstand war positiv und konstruktiv. Auch mit den anderen Arbeitsgemeinschaften arbeiten wir eng zusammen. Dazu fanden verschiedene Treffen der AG-Vorsitzenden statt.

Die Broschüre „Erfahrung schafft Zukunft“ ist mittlerweile in 3. aktualisierter Auflage erschienen. Darin bietet der Landesvorstand der SPD 60 plus ein breites Spektrum unterschiedlicher Aktivitäten, Fachinformationen und Vorträge an, das von vielen Ortsvereinen und Kreisverbänden nachgefragt und angenommen wird. Darin bie-

ten wir den SPD-Kreisverbänden und ihren Untergliederungen auch Vor-Ort-Aktionen, wie z.B. „Welt im (Un-)Gleichgewicht“, „Armuts puzzle“ u. a. – nicht nur für Wahlkampfzeiten – an.

Schon Tradition hat unser jährlicher Neujahrsempfang, der üblicherweise in Stuttgart-Bad Cannstatt stattfindet. Die Gastvorträge hielten Evelyne Gebhardt MdEP (2014) und Wolfgang Thierse (2015).

An der Bundeskonferenz 2013 in Kassel-Baunatal haben wir mit einer 15-köpfigen Delegation teilgenommen. Dabei wurde Lothar Binding MdB erneut als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt. 2015 findet die Bundeskonferenz in Rostock statt.

Am bundesweiten Aktionstag der SPD 60 plus, der jedes Jahr im April/Mai stattfindet, beteiligen sich zahlreiche 60 plus-Kreisverbände mit Aktionen und Pressemitteilungen. In Wahlkämpfen sind die Mitglieder von 60 plus emsig im Einsatz.

Für den Vorstand der SPD 60 plus
Baden-Württemberg

Lothar Binding
Sieghart Brenner
Marga Elser
Roland Helber
Renate Knauss
Hans Lambacher
Angela Madaus
Rose Riedl
Ulrich Schäfer
Hansjörg Seeh
Bernd Sevecke
Elfi Thompson (verstorben Januar 2015)
Peter Steinhilber
Detlef von Schlieben
Werner Walser

ASJ – ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTINNEN UND JURISTEN

Der ASJ-Landesvorstand trifft sich jeden zweiten Monat in der Regel in Stuttgart. Zu den Sitzungen werden regelmäßig auch Gäste eingeladen. So führten wir beispielsweise ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Behandlungsinitiative Opferschutz (BIOS-BW), Klaus Böhm. Zuletzt hatten wir Vertreterinnen vom Fachverband Bewährungshilfe Baden-Württemberg zu Gast. Mit den rechtspolitischen Sprechern von Landtags- und Bundestagsfraktion tauschen wir uns regelmäßig aus. Außerdem fand ein Gespräch mit Justizminister Rainer Stickelberger und Ministerialdirektorin Inken Gallner statt, in dessen Folge nun ein zweimal im Jahr stattfindender „Jour Fixe“ etabliert werden soll.

Beherrschende Themen im Berichtszeitraum waren das Landespersonalvertretungsgesetz

(LPVG), dessen Reform von uns begleitet wurde, sowie richterliche Stufenvertretung. Weiterhin haben wir uns insbesondere mit den Themenfeldern Big Data, der Evaluation der Bewährungshilfe, dem Tarifeinheitsgesetz, der Würdigung der Verdienste von Fritz Bauer, dem Autonomen Fahren und der Vorratsdatenspeicherung beschäftigt.

Jedes Jahr im Mai laden wir zu einer zweitägigen Klausurtagung ein. 2014 fand diese auf der Insel Reichenau, 2015 in Tübingen statt. Dabei waren u. a. der Parlamentarische Staatssekretär im Justizministerium, Christian Lange MdB, mit dem wir die rechtspolitischen Vorhaben der Bundestagsfraktion diskutierten.

„Aktuelle Probleme und Reformbedarf bei der Unterbringung nach § 63 StGB“ lautete der Titel



ASJ Landeskonzferenz 2014 v.l. Prof. Johann Bader, Leni Breymaier, Michael Wirlitsch, Dr. Herbert O. Zinell

einer Veranstaltung in Stuttgart, die wir zusammen mit der Neuen Richtervereinigung und dem Richterbund durchgeführt haben.

Im November 2014 fand die Landeskonzferenz der ASJ in Stuttgart mit Vorstandswahlen statt. Die Konferenz stand unter dem Motto „Landespersonalvertretungsgesetz - die gelungene Reform!“ Es referierten Dr. Herbert O. Zinell, Ministerialdirektor im Innenministerium, und Leni Breymaier, ver.di-Landesbezirksleiterin. Bei den anschließenden Neuwahlen wurde Michael Rajkowski (KV Stuttgart) als Vorsitzender gewählt. Sein Amtsvorgänger Michael Wirlitsch hatte nicht mehr für den Vorsitz kandidiert. Stellvertreter sind Brigitte Gerstner-Heck, Dr. Eberhard Natter und Dr. Hartmut Schnelle. Weiterhin gehören dem ASJ-Landesvorstand Dr. Johannes Fechner, Uwe Kaltenmark, Armin Nack, Lars Naumann, Daniel Sigg, Dr. Jan Malte von Barga, Dr. Joachim Walter und Michael Wirlitsch an.

Im Herbst 2013 nahmen wir an der Bundeskonferenz in Berlin teil. Da Anke Pörksen zur Sprecherin der niedersächsischen Landesregierung ernannt worden war und deshalb den ASJ-Bundesvorsitz niedergelegt hatte, war eine Neuwahl notwendig. Neuer ASJ-Bundesvorsitzender ist seitdem Harald Baumann-Hasske. Bei der ordentlichen Bundeskonferenz im November 2014 waren wir leider nicht vertreten, da

zeitgleich unsere Landeskonzferenz stattfand. Umso erfreulicher, dass dort Marcus Köhler (KV Karlsruhe) als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt wurde. An den Bundesausschusssitzungen und am Gustav-Radbruch-Forum nehmen wir regelmäßig mit zwei Vertreter/-innen teil. Der letzte Bundesausschuss, der erstmals in Brüssel stattfand und mit einem EUSONET (dem Netzwerk Europäischer Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen)-Treffen kombiniert war, bot die Gelegenheit, auf europäischer Ebene mit MdEPs der S&D-Fraktion zu diskutieren.

Mit der Flüchtlingspolitik, insbesondere der Situation der Roma, haben wir uns intensiv auseinandergesetzt. Dazu haben wir uns an einer Studienreise nach Budapest beteiligt, die uns einiges an Hintergrundinformation geliefert hat.

Auch mit anderen Arbeitsgemeinschaften tauschen wir uns regelmäßig aus. Etwa zweimal im Jahr erscheint unser „ASJ aktuell“ mit Beiträgen zu aktuellen rechtspolitischen Themen. Die letzte Ausgabe befasste sich mit dem Schwerpunktthema Tarifeinheitsgesetz.

Für den Vorstand

Michael Rajkowski

Landesvorsitzender der ASJ



ASG – ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SOZIALDEMOKRATEN IM GESUNDHEITSWESEN



Die ASG steht für eine Gesundheitspolitik, bei der die Bedürfnisse der Patienten im Vordergrund stehen. D.h. bedarfsgerechte und qualitätsgesicherte Gesundheitspolitik aus der Perspektive des Patienten. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) sowie die gesetzliche Pflegeversicherung (GPfIV) sind für uns unverzichtbare Solidarsysteme. Solidarität heißt für die ASG: Sozialausgleich zwischen Besserverdienern und sozial Schwächeren, Risikoausgleich zwischen Gesunden sowie Kranken und Pflegebedürftigen, Generationenausgleich zwischen Jung und Alt, Familienlastenausgleich zwischen Singles und Kinderlosen zu Familien mit Kindern. Die ASG in der SPD Baden-Württemberg fordert weiterhin das Festhalten am Modell der solidarischen Bürgerversicherung, die Rückkehr zur bedarfsgerechten und solidarisch finanzierten Gesundheitsversorgung (Bsp. Zahnersatz) einschließlich der Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). In diesem Sinne haben wir Vorschläge an die sozialdemokratischen Vertreter

in der Verhandlungsgruppe zu den Koalitionsvereinbarungen formuliert.

*ASG-Landeskonferenz 2015
in Stuttgart*

Der ASG-Landesvorstand tagt alle zwei Monate, in der Regel in Stuttgart. Zu unseren Landesvorstandssitzungen laden wir in unregelmäßigen Abständen externe Fachleute zu bestimmten fachbezogenen Themen ein. So fand im Berichtszeitraum ein Gespräch mit Dr. Johannes Fechner, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, zur hausärztlichen Versorgung insbesondere im ländlichen Raum statt. Dabei ging es um den Sicherstellungsauftrag der KV und wie sie diesen erfüllen will. Über die Arbeit des Landesgesundheitsamtes (LGA) informierten wir uns vor Ort beim Abteilungsleiter des LGAs, Prof. Dr. Günter Schmolz. Über die aktuellen gesundheitspolitischen Entwicklungen im Bund und den Koalitionsvertrag berichtete Hilde Mattheis, Sprecherin der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion. Dabei standen vor allem die

Festschreibung des allgemeinen Beitragssatzes und die „de facto“ Aufgabe der paritätischen Finanzierung, das Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungs-Gesetz (FQWG) sowie die geplante Pflegereform im Mittelpunkt. Roland Klose, Parlamentarischer Berater der SPD-Landtagsfraktion, stellte die Initiativen aus dem Land vor: Das Wohn-Teilhabe- und Pflegegesetz (WTPG), das eine bis dahin nie dagewesene Vielfalt an Wohn- und Versorgungsformen fördert, das neue Psychiatrie-Gesetz, das erstmals die bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung regelt, die Enquete-Kommission Pflege, in der Herbert Weisbrod-Frey und als seine Stellvertreterin Sabine Seifert vom ASG-Landesvorstand mitarbeiten.

Im Januar 2015 fand in Stuttgart die Landeskonferenz statt. (Der ursprünglich für November 2014 geplante Termin war aufgrund des Lokführerstreiks abgesagt worden.) Es referierten Katrin Altpeter („Ist die teilfinanzierte, familienorientierte Pflege zukunftsgerecht?“), Andreas Schwarz, Deutsche Rentenversicherung (DRV) („Das Rentenniveau sinkt ab. Wie wird in Zukunft unsere Kranken- und Pflegeversicherung finanziert?“), Nikolaus Landgraf, Landesbezirksvorsitzender des DGB Baden-Württemberg („Erwartungen und Forderungen des DGB an die Gesundheitspolitik“). Bei den Anträgen standen insbesondere die Themen ambulante und stationäre Versorgungsstruktur, Patientenbeauftragte/-r für Baden-Württemberg, Prävention, Sterbehilfe und TTIP im Mittelpunkt. Klaus Kirschner wurde als Landesvorsitzender in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertreter/-innen wurden Dr. Olivier Elmer, Gabriele Teichmann und Herbert Weisbrod-Frey gewählt. Weiterhin gehören dem Vorstand Manfred Bleil, Claudia Brackmeyer, Dr. Manfred Eissler, Heinz Grauer, Dr. Max Hahn, Christian Hübner, Dieter Kress, Swantje Kubillus, Lucie Neumann, Peter Schrade und Sabine Seifert an.

An der Bundeskonferenz am 27./28.02.2015 in Berlin nahm Baden-Württemberg mit sechs Delegierten teil. Die eingereichten Anträge wurden überwiegend angenommen. Zum neuen Bundesvorsitzenden wurde Thomas Spies (Hessen-Nord) gewählt. Herbert Weisbrod-Frey wurde als Beisitzer in seinem Amt bestätigt.

Unsere derzeitigen Arbeitsschwerpunkte sind Gesundheitsforschung, Arzneimittelneuordnung und Patientenrechte. Diese Themen bearbeiten wir in Arbeitsgruppen. Zum Thema Patientenrechte haben wir Johannes Wörn, Geschäftsführer der Alexandra-Lang-Stiftung für Patientenrechte, zu einer Vorstandssitzung am 2. Oktober 2015 eingeladen.

Mit den anderen Arbeitsgemeinschaften arbeiten wir nach wie vor eng zusammen. Die AG-Vorsitzenden tauschen sich regelmäßig aus.

Abschied nehmen mussten wir von Marlis Stängle, die im Oktober 2013 plötzlich und unerwartet verstorben ist. Marlis gehörte dem ASG-Landesvorstand lange Jahre als Beisitzerin und zuletzt als stellvertretende Landesvorsitzende an. Ihr Tod hat eine große Lücke hinterlassen.

Für den Vorstand:

Klaus Kirschner

Landesvorsitzender der ASG



AGS – ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTSTÄNDIGEN IN DER SPD

Die AGS ist die Plattform der Selbständigen und Unternehmer in der baden-württembergischen SPD. Unser Schwerpunkt liegt in der Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik. Der AGS-Landesvorstand kommt monatlich in Stuttgart zusammen. Die Teilnahme an den Sitzungen steht auch interessierten Selbständigen offen.

Im November 2013 feierte die AGS ihr 60-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass fand in Düsseldorf ein Festakt u.a. mit Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk Nordrhein-Westfalen, an dem auch Vertreter der AGS Baden-Württemberg teilnahmen, statt.

Bei der Bundeskonferenz im März 2014 in Berlin waren wir mit 6 Delegierten vertreten. Dort wurde Ralph Weinbrecht zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Bernd Schwinn und Friedhelm von Spiessen vertreten Baden-Württemberg im Bundesausschuss.

Die Landeskonzferenz am 18.10.2014 in Rust stand unter dem Motto „Wirtschaft in Europa: Der grenzüberschreitende Arbeits- und Ausbildungsmarkt „Weg aus dem Fachkräftemangel?“ Neben Peter Simon MdEP referierten Vertreter der Handwerkskammer, der Agentur für Arbeit und des Europa-Parks Rust. Bernd Schwinn wurde als Landesvorsitzender bestätigt. Seine Stellvertreter sind Ulrich Hummel, Gerlinde Kurzbach, Friedhelm von Spiessen und Ralph Weinbrecht. Schriftführer bleibt Christian Petersen. Weiterhin gehören dem AGS-Landesvorstand an: Ortrun Bäumlein, Erwin Bonkowski, Rainer Garyan, Josef Kaya, Sebastian Klassen, Joachim Ramlow, Rosemarie Rehberger, Alois Reutlinger und Markus Weiß.

Jeweils im März haben wir uns zu einer Klausurtagung getroffen. 2014 fand diese in Mann-

heim, 2015 in Stuttgart statt. In Stuttgart beschäftigten wir uns insbesondere mit den Themen Finanzen und Energiewende. Es sprachen dazu Lothar Binding MdB und Thomas Knapp. Weiterhin haben wir uns mit den Themen Wirtschaft 4.0 und Freihandelsabkommen (TTIP, CETA etc.) beschäftigt.

Regelmäßig laden wir in den Kreisverbänden zu Unternehmer/-innen-Frühstücken ein, so z.B. in Pforzheim, wo der Europaabgeordnete Peter Simon MdEP als Referent zur Verfügung stand. Außerdem haben wir eine Werksführung bei Porsche organisiert. An den Boller Wirtschaftsgesprächen, einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie Bad Boll in Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium, nahmen im Sommer 2014 ebenfalls Mitglieder des AGS-Landesvorstands teil.

Ein fester Bestandteil im Jahresprogramm der AGS Baden-Württemberg ist die Teilnahme an den Wirtschaftsempfängen des Bundesvorstands mit anschließender Verleihung des Innovationspreises. 2014 war das Schwerpunktthema IT-Sicherheit, u.a. mit Brigitte Zypries, parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Gesche Joost, Internetbotschafterin der Bundesregierung.

Bei Landesparteitagen präsentiert sich die AGS regelmäßig mit einem Stand. Mit anderen AGS-Landesverbänden stehen wir in Kontakt. Mit den übrigen Arbeitsgemeinschaften in Baden-Württemberg arbeiten wir zusammen. Die Vorsitzenden treffen sich regelmäßig zu Gesprächen. Bei Wahlkämpfen bringen wir uns stets ein.

Für den Vorstand:

Bernd Schwinn

Landesvorsitzender der AGS



AGS-Landeskonferenz 2014
in Rust

SCHWUSOS – ARBEITSGEMEINSCHAFT DER LESBEN UND SCHWULEN



Schwusos beim CSD
in Stuttgart

Wie wir uns sehen: Die AG vertritt die Interessen der Community (LSBTIQ), insbesondere die der betreffenden SPD-Mitglieder, in der Partei bzw. ihren Gremien und zuvorderst gegenüber Legislative und Exekutive. Wir verstehen uns also zunächst nicht als Dienstleister, repräsentieren die Partei aber sehr wohl gegenüber der Community und schreiben uns zu, als „kleine“ AG in unserem originären Wirkungsbereich sehr aktiv zu sein und beachtlich Öffentlichkeitsarbeit für die Partei zu leisten. Engagement: Dieses besondere Engagement ist naheliegend und zweifach erklärbar: Zum einen ist jedes Mitglied so betroffen, dass jeder Einsatz für „unsere Sache“ auch ein Einsatz in persönlichem Interesse ist. Das motiviert, in der Partei aktiv zu sein. Zum zweiten steht durch unsere Teilnahme an den jährlichen CSD-Demonstrationen eine Plattform mit besonderer Breitenwirkung zur Verfügung. Die CSDs sind bundesweit die deutlich größte politische Veranstaltung überhaupt. Allein bei den drei größten in Berlin, Köln und Stuttgart werden über 2 Mio Menschen erreicht. Die Schwusos sind, z. T. durch die Unterstützung der Jusos vor Ort, bei nahezu allen CSDs vertreten. Besonders gut gelang dies in diesem Jahr in Stuttgart, Rhein-Neckar und Freiburg. Dabei zeigte sich, dass sich dann besonderer Erfolg einstellte, wenn nicht nur die AG involviert war, sondern die Partei als ganzes motiviert werden konnte. In Stuttgart stellten sich über 150 GenossInnen und MitstreiterInnen mit der vermutlich größten Fußgruppe beim CSD überhaupt und dem Bundestruck hinter unsere Forderungen. Vor allem durch die selbstverständliche Teilnahme von Nils und seiner Frau, von Katja Mast, Katrin Altpeter, Ute Vogt u.a. wurde ein deutliches Signal an die Bundesregierung gesandt. Und die über 200.000 Menschen sahen, dass die SPD die Partei ist, die grundsätzlich für die Menschenrechte eintritt. Auch in Freiburg waren wir die größte teilnehmende Gruppe durch die Aktivierung der Kreisebenen von Freiburg, Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen,

so dass uns die Frage gestellt wurde, warum die anderen Parteien nicht teilnahmen. Sie waren in Relation weitgehend unsichtbar. Viele weitere Aktivitäten hier im Einzelnen anzuführen (Tag gegen Homophobie in vielen Städten, 1. Mai, lokale Veranstaltungen, Vorträge bei anderen AGs, Podiumsdiskussionen...), führt zu weit. Entwicklung der AG: Eine besonders schwierige Aufgabe stellt sich unserer „kleinen“ AG bei dem Bemühen, sich breiter aufzustellen. Neben dem personellen Aspekt ist hier besonders das Bemühen gemeint, mehr in die Fläche zu kommen. Im Zuge einer bei der Aufgabenfülle notwendigen Vergrößerung des Landesvorstandes gelang es, die „Eingeschlechtlichkeit“ zu überwinden und drei Frauen für die Mitarbeit zu gewinnen. Dass dazu auch eine Transfrau gehört, unterstreicht unseren Vertretungsanspruch für die ganze LSBTTI-Community in der SPD. Durch Gründungen wie den Regionalverband Südbaden-West (dem 5 Kreise angehören), der Neugründung eines Doppelkreisverbandes Heidelberg – Rhein-Neckar mit inzwischen 30 Mitgliedern (durch den mit Mannheim der zweitgrößte Verdichtungsraum in B-W komplett „erschlossen“ ist), die Neuausrichtung in Stuttgart auf die Region (ein ambitionierter Versuch) und angebahnten Gründungsvorhaben in den RZ-Bereichen Karlsruhe und Heilbronn gelingt eine Einbindung auch von Kreisen bzw. Regionen, in denen eigene Kreisverbände nicht oder kaum möglich sind.

Wir danken dem Landesvorstand und der Verwaltung, desgleichen auf Kreisebene und auch oft den GenossInnen vor Ort, den Jusos ganz besonders und der AsF im Bewusstsein ihres langen, andauernden Kampfes, allen Mandatsträgern und Regierungsmitgliedern für die uneingeschränkte Solidarität. Wir wissen, dass diese Regierungskoalition in B-W erhalten bleiben muss.

Für die AG-Schwusos Baden-Württemberg
Hans-Dieter Straup, Landesvorsitzender

AFB – ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) schafft Räume für spannende und konstruktive Diskussionen über die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems. Wir setzen uns für ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem ein und sehen gleiche Chancen und beste Bildung als grundlegende Menschenrechte.

Im April 2014 fanden im Rahmen einer Landesdelegiertenkonferenz die zweiten Wahlen nach der Gründung im Jahr 2012 statt. Hier wurden Gerhard Kleinböck MdL (Ladenburg) als Vorsitzender sowie Norbert Theobald (Heidelberg) und Sabine Leber-Hoischen (Mannheim) als stellvertretende Vorsitzende wieder gewählt. Als Beisitzer fungieren Atilla Ihtiyar (Kornwestheim), Henriette Kühn (Bad Dürkheim), Julien Bender (Freiburg), Gabriele Stork (Karlsruhe), Niklas Horstmann (Karlsruhe) und Jutta Dongus (Heilbronn). Darüber hinaus vertreten Gerhard Kleinböck, Norbert Theobald, Sabine Leber-Hoischen, Marlen Pankonin und Jutta Dongus die baden-württembergischen Interessen der AfB beim AfB Bundeskongress. Die AG traf sich zu einem regelmäßigen Austausch und unterstützte Arbeitsgemeinschaften vor Ort bei bildungspolitischen Maßnahmen, wie z. B. der Veranstaltung „Auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft“ in Mannheim, die ein großer Erfolg war.

Einen intensiven Austausch gibt es auch mit den benachbarten Arbeitsgemeinschaften für Bildung in Hessen und Rheinland-Pfalz. Dieser Austausch wurde nun um die AfB Bayern erweitert und es fand ein „Südtreffen“ der benannten Arbeitsgemeinschaften statt. Ziel dieser Treffen ist es, sich auszutauschen, Anträge und Konzepte zu erarbeiten und gemeinsame Bildungsveranstaltungen vorzubereiten. Beim diesjährigen Treffen stand die frühkindliche Bildung im Mittelpunkt. Das Treffen soll zukünftig regelmäßig stattfinden.



*Vorstand der Landes-AfB,
April 2014*

Die AfB BW versteht sich als Bindeglied zwischen Landesregierung, Basis und Experten innerhalb und außerhalb der Partei. Die Treffen mit Kultusminister Andreas Stoch und weiteren bildungspolitischen Akteuren sind ein wichtiger Baustein unserer Arbeit und sollen zukünftig regelmäßiger stattfinden. Wir unterstützen die Arbeit der Landesregierung, indem wir den bildungspolitischen Prozess kritisch begleiten und die Basis für eine gute Kooperation herstellen.

Bildungspolitik ist vor allem auch ein kommunalpolitisches Thema. Wir wollen deshalb Initiativen vor Ort stärker vernetzen. Wir nehmen an vielen regionalen bildungspolitischen Veranstaltungen, wie z. B. in Weinheim zum Thema „Bildungspolitik“ teil und bieten den Organisatoren unsere Unterstützung an.

Auf unserer Klausurtagung haben wir uns insbesondere mit Themen auseinandergesetzt, die in der nächsten Regierungsperiode angegangen werden sollten. Unter anderem entstanden vier Anträge als bildungspolitischer Beitrag für unser Regierungsprogramm. Auch in Zukunft werden wir die Bildungspolitik in Baden-Württemberg konstruktiv-kritisch begleiten und fördern.

Julien Bender und Sabine Leber-Hoischen
für die AfB Baden-Württemberg

NETZWERK SELBSTAKTIV

Der Arbeitskreis Netzwerk Selbst Aktiv gibt es seit 2009. In Baden-Württemberg. Selbst Aktiv hat die Ziele, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung als Bestandteil einer ganzheitlichen Gesellschaftspolitik zu verankern. Selbst Aktiv ist ein offener Arbeitskreis, d. h. das Netzwerk steht allen Menschen offen, die sich daran beteiligen wollen, ob mit oder ohne Handicap, ob mit oder ohne Parteibuch.

Der Arbeitskreis trifft sich regelmäßig, meist in Stuttgart. An Sitzungen und Veranstaltungen auf Landes- und Bundesebene nimmt Selbst Aktiv nach Möglichkeit teil. Auf Landesparteitagen ist Selbst Aktiv stets mit einem Info-Stand präsent.

Bei einer Klausurtagung im Januar 2014 in Krautheim hat Selbst Aktiv über wünschenswerte Inhalte für ein kommendes Teilhabe-Gesetz diskutiert, aber auch, wo Selbst Aktiv steht

*Selbst Aktiv –
Sprecherkreis auf der
Jahresversammlung 2015*



und wo Selbst Aktiv hin will. Außerdem haben die Vertreter von Selbst Aktiv das inklusive Hotel-Projekt Anne-Sophie-Hotel in Künzelsau besichtigt. Über die Barrierefreiheit der Landesgartenschau in Schwäbisch Gmünd ist Selbst Aktiv vor Ort informiert worden.

In Mannheim hat sich ein regionales Netzwerk Selbst Aktiv etabliert. Regelmäßig finden dort Veranstaltungen statt. So befasste sich z. B. die Mitgliederversammlung im Jahr 2014 mit der Eingliederungshilfe. „Raus aus der Hilfe - rein in die Teilhabe“ lautete der Titel einer Veranstaltung im Juli 2014 in Mannheim u. a. mit Dr. Angelika Hoffmann (Vorsitzende der Lebenshilfe Ludwigshafen), Dr. Rolf Schmachtenberg (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) und Dr. Matthias Boll (Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg). Im März 2015 fand dort ein Themenabend „Auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft“ unter Beteiligung von Kultusminister Andreas Stoch, der AfB, dem Netzwerk Selbst Aktiv u. a. statt.

Am 18.08.2014 nahm Selbst Aktiv an einem Treffen zur Ausarbeitung einer Empfehlung zum Gesetzesentwurf über die Regelung von Behindertenbeauftragten in Baden-Württemberg in Krautheim teil. Weitere Teilnehmer waren unter anderem der Vorsitzende des BSK Baden-Württemberg Willi Rudolph, BSK-Geschäftsstellenleiter Ulf-D. Schwarz sowie Klaus Dollmann, Behindertenbeauftragter der Stadt Mannheim. Die in dem Treffen gefundenen Ergebnisse fanden sich in dem verabschiedeten Gesetz über die Regelung von Behindertenbeauftragten auf kommunaler Ebene größtenteils wieder.

Im September 2014 lud Selbst Aktiv zum Workshop „Teilhabe und Inklusion vor Ort - Auswirkungen der UN-Behindertenrechtskonvention

auf unser Ländle“ nach Schwäbisch Hall ein. Weiterhin haben wir an der Veranstaltung „Politik mit und für Menschen mit Behinderung im Europäischen Vergleich“ mit Jutta Steinruck MdEP und Lothar Binding MdB teilgenommen. Während der Diskussion haben die Vertreter von Selbst Aktiv ihre Erfahrungen mit dem Erasmus-Austauschprogramm geschildert und Verbesserungsvorschläge gemacht.

Laut Beschluss der Landesversammlung von Ende April 2015 in Stuttgart besteht der Sprecherkreis künftig aus zwei gleichberechtigten Landessprechern und bis zu drei Beisitzern. Anschließend wurden Michael Bachmann und Anita Fitz zu Landessprechern, Marike Ewert, Walter Leyh und Helmut Staiger zur Beisitzerin bzw. Beisitzern gewählt.

An der Bundeskonferenz am 02./03.05.2015 der AG Selbst Aktiv hat Baden-Württemberg mit drei Delegierten teilgenommen. Weil Selbst Aktiv auf Landesebene keine Arbeitsgemeinschaft ist, konnte Baden-Württemberg allerdings nur mit Gaststatus teilnehmen. Bedauerlich ist, dass Baden-Württemberg im neuen Bundesvorstand nicht mehr vertreten ist.

Auf Einladung des Landtagsfraktionsvorsitzenden Claus Schmiedel durften wir am Gespräch zum Bundesteilhabegesetz mit der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Gabriele-Lösekrug-Möller, teilnehmen und unsere Standpunkte einbringen.

Mit den Behindertenbeauftragten von Land (Gerd Weimer) und Bund (Verena Bentele) steht Selbst Aktiv in engem Kontakt, ebenso wie mit Sabine Wölfe, Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für Menschen mit Behinderung und Hilde Mattheis, Sprecherin der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion.

Inklusion reicht in alle Handlungs- und Politikfelder hinein. Mit dem Aktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Baden-Württemberg unter Federführung des Sozialministeriums, der zur Bewusstseinsbildung, Förderung und Zielsetzung der Inklusion beiträgt und dem Gesetzentwurf zur Inklusion des Kultusministeriums werden wichtige Weichen für die Belange von Menschen mit Behinderung gestellt. Dies werden wir, Selbst Aktiv Baden-Württemberg, mit aller Kraft intensiv unterstützen und begleiten. Deshalb freuen wir uns über weitere Mitstreiter.

Selbst Aktiv arbeitet daran, in naher Zukunft zu einer Landesarbeitsgemeinschaft zu werden, um unserer Politik mehr Nachdruck verleihen zu können. Bei der Erstellung des Regierungsprogramms möchte sich Selbst Aktiv aktiv einbringen.

Michael Bachmann und Anita Fitz

Landessprecher und Landessprecherin
Netzwerk Selbst Aktiv Baden-Württemberg
Doppelspitze – zwei Köpfe, eine Stimme



**Michael Bachmann
und Anita Fitz**

*Landessprecher und
Landessprecherin
Netzwerk Selbst Aktiv
Baden-Württemberg*

SGK – SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK E. V.



SGK-Landesvorstand

Inhaltliche Arbeit

Im Berichtszeitraum haben wir uns vor allem mit aktuellen landespolitischen Entscheidungen und deren Auswirkungen auf die Kommunen beschäftigt. Zu unseren Sitzungen hatten wir Referentinnen und Referenten aus den Ministerien, vor allem aus dem Innen-, dem Bildungs- und Verkehrsministerium, zu Gast, die uns über aktuelle Vorhaben informiert haben. Unser stellvertretender SGK-Landesvorsitzender, Innenminister Reinhold Gall, nahm oft persönlich an den Sitzungen teil, was den Informationsfluss stark begünstigte. Auch der Austausch mit der SPD-Landtagsfraktion war gut, Anregungen oder Nachfragen wurden positiv aufgenommen und flossen in den Beratungsprozess ein. Wir freuen uns, wenn sich Anregungen und Ideen der SGK in Gesetzestexten wieder finden, so etwa aktuell bei den Neuregelungen zur Gemeindeordnung in diesem Jahr. Wenn Fraktionschef Claus Schmiedel in unseren Vorstandssitzungen zu Gast ist, nimmt er sich immer viel Zeit für uns.

Auf unserer LDK 2015 in Karlsruhe fassten wir u. a. Beschlüsse zur Verbesserung der Bedingungen für Flüchtlinge und zur inklusiven Beschulung. Um die Attraktivität zur Übernahme von

kommunalpolitischen Mandaten zu verbessern, setzen wir uns für die bessere finanzielle Unterstützung der Fraktionsarbeit ein.

Regelmäßig erreichen uns inhaltliche und rechtliche Anfragen aus den Kreisverbänden und Fraktionen. Wir bedanken uns bei allen, die uns bei der Beantwortung dieser Fragen helfen.

Veranstaltungen und Wahlkämpfe

Neben unseren regelmäßigen internen Veranstaltungen wie Landesvorstandssitzungen und Klausurtagungen führen wir immer wieder Fachveranstaltungen und Vor-Ort-Termine („SGK vor Ort“) durch, die auch für interessierte Nicht-Mitglieder offen sind.

Beispiele

September 2014: Rundgang über die Landesgartenschau in Schwäbisch Gmünd, Schwerpunkt Stadtplanung und Planung von Großveranstaltungen

März 2015: Fachkonferenz „Von der Theorie zur Praxis“, Verbindung von politischen Vorgaben und deren praktische Umsetzung bei Themen wie Inklusion und Flüchtlingshilfe

Vorschau: Am 28.11.2015 führen wir einen großen Fachtag unter dem Arbeitstitel „Kommune 4.0“ durch (voraussichtlich in Karlsruhe oder Mannheim)

Im Bundestagswahlkampf 2013 unterstützten wir die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD mit unseren Themenflyern „Städte und Gemeinden würden SPD wählen!“. Auch im Kommunalwahlkampf 2014 gestalteten wir unterstützende Themenflyer zu den drei großen Themen Arbeit, Bildungsgerechtigkeit und Familienfreundlichkeit.

Bürgermeisterwahlen

Die Wahlerfolge sozialdemokratischer Kandidaten in großen Städten in den letzten zwei Jahren sind sehr erfreulich, dennoch ist das Finden von Kandidat/-innen für kleinere Kommunen nach wie vor schwierig. Um die Möglichkeiten für Interessierte und auch die Ansprache für mögliche Kandidaten auszuloten, fand im Frühjahr 2015 in Zusammenarbeit von SGK und SPD-Landesverband ein zweitägiger Workshop in Heubach statt.

Mitglieder im SGK-Landesvorstand

Gewählt auf der LDK am 9. Mai 2015 in Karlsruhe wurden:

OB Hermann-Josef Pelgrim,
Schwäbisch Hall (Vorsitzender)
Minister Reinhold Gall MdL,
Obersulm (stellv. Vorsitzender)
BM Anton Knapp,
Hüfingen (stellv. Vorsitzender)
BM'in Monika Müller,
Pforzheim (stellv. Vorsitzende)
Annette Sawade MdB,
Schwäbisch Hall (stellv. Vorsitzende)
Harald Friese,
Heilbronn (Schatzmeister)
Manfred Ruckh,

Waldenbuch (Schriftführer)
Christoph Beil, Altlußheim
Ariane Bergerhoff, Ellwangen
Saskia Esken MdB, Bad Liebenzell
BM Martin Funk, Ohmden
Anita Fitz, Konstanz
Angela Godawa, Balingen
Hidir Gürakar MdL, Bad Säckingen
BM Alexander Guhl, Bad Säckingen
Yvette Melchien, Karlsruhe
OB Matthias Klopfer, Schorndorf
Renate Knauss, Bretten
BM Herbert Krüger, Neckartenzlingen
Dorothee Kühne, Ulm
BM Michael Salomo, Haßmersheim
Kerstin Skodell, Hüfingen
BM Reiner Ullrich, Alpirsbach

Tanja Sagasser-Beil
SGK-Landesgeschäftsführerin



FACHBEIRÄTE UND FOREN

- Fachbeirat Wirtschaft und Finanzen
- Fachbeirat Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Fachbeirat Integration & AG Migration und Vielfalt
- Fachbeirat Europa
- Fachbeirat Umwelt, Verkehr und Energie
- Fachbeirat Wissenschaft
- Sportbeirat
- Polizeibeirat
- Christinnen und Christen in der SPD
- Forum Eine Welt
- Historische Kommission
- Arbeitsgruppe Mitgliederentwicklung und Wahlanalyse

FACHBEIRAT

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Der Fachbeirat Wirtschaft und Finanzen mit seinen Sprechern Lothar Binding MdB, Parsa Marvi, Rudolf Luz und Klaus Maier MdL, hat sich aktiv an beiden Fachbeiratstagen beteiligt.

Den ersten Fachbeiratstag am 5. April 2014 stellte der Fachbeirat unter das Motto „Gemeinsam erfolgreich mit Mittelstand und Handwerk für Baden-Württemberg“. Mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Partei, Ministerium und Gewerkschaften wurde u.a. die McKinsey-Studie „Baden-Württemberg 2020“ diskutiert.

Schwerpunkt der Sitzung beim zweiten Fachbeiratstag am 11. Oktober 2014 war das Thema „Industrielle Zukunftssegmente für den Standort Baden-Württemberg“. Als Referentin war Gabriele Katzmarek MdB zu Gast.

Auf Basis der Beratungen des Landesparteitages zur Resolution des KV Heidelberg führte der Fachbeirat Wirtschaft und Finanzen am 18. Juli 2015 eine Fachtagung zum Thema „Reform der Erbschaftssteuer“ durch. Als Referenten konnten Lothar Binding MdB, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Wolf-Eckhard Wormser vom Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer, und Prof. em. Dr. Wolfgang Wiegand, dem ehemaligen Vorsitzenden des Sachverständigenrates der Bundesregierung, gewonnen werden. ■

FACHBEIRAT

ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES

Die Ziele des Fachbeirats sind:

- Verzahnung und Koordinierung der politischen Arbeit von Landesverband, Landtagsfraktion und der Landesregierung, hier mit dem Sozialministerium
- Begleitung der Umsetzung des Koalitionsvertrags
- Enger Austausch mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Kirchen

Im Berichtszeitraum hat der Fachbeirat AGS insgesamt dreimal getagt (16.12.2013, 05.04.2014 und 11.10.2014). Die beiden letztgenannten Sitzungen fanden im Rahmen eines Fachbeiratstages statt. Dahinter steht die Idee einer Konzentration der Arbeit, vereinfachter Terminabstimmung und der Möglichkeit, fachbeiratsübergreifend zu tagen. Die Untergruppe Gesundheit hat auch über die im Rahmen der Fachbeiratstage hinaus stattfindenden Treffen getagt. Die Teilnehmerzahl des Gesamtfachbeirats schwankte zwischen 15 und 30.

Themen waren:

- Gute und sichere Arbeit: Flächendeckender Mindestlohn, Missbrauch von Werksverträgen, Rentenpaket (Rente nach 45 Beitragsjahren, Mütterrente, Erwerbsminderungsrente), Landesarbeitsmarktprogramm (insbesondere Passiv-Aktiv-Transfer), Tariftreuegesetz
- Gesundheitspolitik: Gesundheitsdialog, Krankenhausfinanzierung, Situation des Pflegepersonals und Situation an den Krankenhäusern
- Pflege: Pflegereform, Fachkräftesituation in der Pflege, Enquete-Kommission
- Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz (WTPG)
- Psychiatriekonzept
- Inklusion, Behindertengleichstellungsgesetz
- Chancengleichheitsgesetz

Die Themen wurden mit den Teilnehmenden aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, Kranken-

bzw. Rentenversicherungen und Organisationen beraten. Über die politischen Ziele und Strategien der SPD und der Fraktionen im Bundes- und Landtag und über das Regierungshandeln wurde informiert und über die Inhalte wurde intensiv diskutiert. Anregungen und Vorschläge von den Sozialpartnern wurden aufgenommen.

Damit konnten außerhalb der öffentlich geführten Debatten gegenseitige Informationsdefizite abgebaut und für die politischen Vorhaben geworben werden. Bei der Intensität der Vorhaben im Gesundheits- und Pflegebereich hat sich diese Form der Kommunikation und des Austausches bewährt.

Die Verzahnung der Landes- und Bundesebene hat ein gemeinsames Bild der SPD vermittelt. Von Seiten des Sozialministeriums erfolgte eine sehr gute und verlässliche Zuarbeit zu den Treffen des Fachbeirats. Die Ministerin oder eine Vertretung aus der Zentralstelle waren bei den Sitzungen anwesend.

Leni Breymaier
Rainer Hinderer MdL
Katja Mast MdB
Hilde Mattheis MdB

FACHBEIRAT INTEGRATION & AG MIGRATION UND VIELFALT

Der Fachbeirat Integration und später die Landes-Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt haben die politische Arbeit des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg im Berichtszeitraum 2013–2015 mit Fachveranstaltungen, Gesprächsterminen und öffentlichen Verlautbarungen begleitet und gestärkt.

Folgende Termine fanden unter Federführung des Fachbeirats Integration statt:

- 22. Februar 2014: Gesprächsrunde mit Ministerin Bilkay Öney zu aktuellen Themen des Integrationsministeriums
- 5. April 2014: Fachveranstaltung mit Vortrag von Dr. Andreas Wüst, External Fellow am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung: Migration & Politische Partizipation
- 19. Juli 2014: Sitzung des Fachbeirats mit Besprechung aktueller politischer Themen
- 11. Oktober 2014: Gemeinsame Sitzung mit Fachbeirat Europa zur Flüchtlingspolitik in Europa und Baden-Württemberg mit Minister Peter Friedrich und Prof. Wolf-Dietrich Hammann, Ministerialdirektor im Integrationsministerium

Auf der Sitzung am 11. Oktober wurden auch Inhalte des späteren Landesparteitags-Antrages der Kreisverbände Karlsruhe-Stadt und Karlsruhe-Land zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Asyl- und Flüchtlingspolitik vordiskutiert. Mit dem einstimmigen Beschluss dieser Leitlinien auf dem SPD-Landesparteitag in Singen gelang aus Sicht des Gremiums ein großer politischer Erfolg.

Inspiziert durch die Organisationsform auf Bundesebene beschlossen die Mitglieder des Fachbeirats Integration eine neue Landes-Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt zu gründen. Dies geschah am 19. April 2015 in Stuttgart mit einem Vortrag des späteren AG-Bundesvorsitzenden Aziz Bozkurt (LV Berlin). Zu Sprechern wurden bis zur Durchführung der ersten Landeskonzferenz im Herbst Josip Juratovic MdB und vom SPD-Landesvorstand Stella Kirgiane Efremidis und Parsa Marvi ernannt. Die Landes-AG wählte 6 Landesdelegierte für die AG-Bundeskonzferenz in Berlin. Dort wurde Josip Juratovic zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt, Stella Kirgiane Efremidis zur Beisitzerin im Bundesvorstand.

Auf der Landeskonzferenz im Herbst sollen politische Anträge und Schwerpunktthemen der Landes-AG für die kommenden Jahre gesetzt werden. Die Umsetzung einer sozialdemokratisch geprägten Flüchtlingspolitik auf allen Ebenen wird dabei ein wichtiges Thema bleiben.

Gezeichnet

Parsa Marvi
Stella Kirgiane Efremidis
Josip Juratovic MdB

FACHBEIRAT EUROPA

Seit Gründung der SPD galt neben Gerechtigkeit der Internationalismus als Markenzeichen der SPD. Bereits 1922 hat sich unsere Partei wie keine andere zur damaligen Zeit und ohne jegliche Abstriche zu einem vereinigten Europa bekannt – ein Bekenntnis, das gerade in jüngster Zeit für uns alle richtungsweisend sein sollte. Wir freuen uns deshalb ganz besonders, dass unsere baden-württembergische SPD sich ihrer Geschichte sehr bewusst ist, was u.a. auch in dem gesteigerten Interesse am Europabeirat zum Ausdruck kommt. Inzwischen haben sich bereits 80 Mitglieder für den Fachbeirat eingetragen und sind bereit, zum Teil lange Anfahrtswege in Kauf zu nehmen, um an den europapolitischen Diskussionen teilzunehmen.

Dies geschieht auch aus einer tiefen Sorge um die Zukunft Europas, denn zwischenzeitlich geht ein tiefer Riss durch die Gemeinschaft. So standen vor allem Krisen im Vordergrund unserer Arbeit, angefangen bei der Finanzkrise, den aktuellen Krisen in Griechenland und der Ukraine bis hin zur Flüchtlingskrise und dem mit Krisen einhergehenden zunehmenden Rechtspopulismus. Wie es aussieht, werden diese Fragen uns leider auch weiterhin beschäftigen genauso wie die derzeit anstehenden Verhandlungen um die Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Und weil wir uns immer auch noch als Friedenspartei verstehen, stehen bei uns selbstverständlich Fragen um Krieg und Frieden im Vordergrund – von der Ukraine bis zu Syrien und dem Irak.

Genau diese Schwerpunkte für die künftige Arbeit hat auch eine Umfrage unter den Mitgliedern zur thematischen Ausrichtung des Fachbeirates ergeben: Die Entwicklung eines sozialen Europas, die Zuwanderungs- und Asylpolitik, die Sicherung des Friedens, TTIP, die Rückgewinnung des Vertrauens in die Europäische Idee und die Umgestaltung des Finanz-

platz Europas durch striktere Regeln und strengere Kontrollen.

Das ist nicht gerade wenig und deshalb haben wir uns vorgenommen, dass wir uns zukünftig häufiger treffen wollen. Seit der Neugründung waren es drei Mal, besonders erfreulich, dass unser Europaminister Peter Friedrich und unsere Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt und Peter Simon häufig mit von der Partie waren.

Im vergangenen Jahr spielte zudem die Europawahl eine große Rolle. So beteiligte sich der Fachbeirat Europa an den Workshops, die in verschiedenen Städten zur Vorbereitung auf den Europa-Wahlkampf abgehalten wurden. Auch erstellte er eine Handreichung zur Europa- und Kommunalwahl, die in den Ortsvereinen und Kreisverbänden verteilt wurde. Die Handreichung sollte darstellen, von welchen EU-Strukturförderungen Baden-Württemberg profitiert und welche konkreten Auswirkungen Entscheidungen auf europäischer Ebene auf die Kommunalpolitik haben können. Auch die EU-Vorschriften zum Verbraucherschutz wurden dargestellt. Europa sollte so greifbarer und anschaulicher gemacht werden.

Nach der Europawahl wurde einmal mehr die Sinnhaftigkeit einer Zusammenlegung der Europa- mit der Kommunalwahl diskutiert. Leider ergab eine vom Beirat durchgeführte Umfrage unter den Kreisverbänden kein klares Bild für eine Veränderung.

Angesichts der stetig ansteigenden Anzahl an Flüchtlingen, die nach Baden-Württemberg kommen, verabredeten sich die FB Europa und Integration zu einer gemeinsamen Sitzung. Ergebnis war unter anderem eine Handlungsempfehlung „Migrations- und Flüchtlingspolitik im 21. Jahrhundert/Perspektiven und Herausforderungen, die an den Landesverband

gerichtet wurde. Auf Bitte des Landesvorstandes hat der Fachbeirat Europa darüber hinaus eine Veranstaltung zur Würdigung der ehrenamtlich Tätigen in der Flüchtlingsarbeit konzipiert. Ein entsprechendes Event ist für Herbst 2015 geplant.

Positiv ist auch die sich konstant verbessernde Zusammenarbeit mit der Europa-Union zu bewerten. Mit Evelyne Gebhardt als Landesvorsitzende, René Repasi als Vorstandsmitglied des Landesverbandes der Europa-Union ist die SPD prominent vertreten. Eine noch stärkere Zusammenarbeit, besonders auf Kreisebene, sowie eine Mitgliedschaft werden ausdrücklich befürwortet.

Bleibt abschließend noch ein Ausblick auf die nächste Zeit zu geben. Kaum ein Thema hat in der letzten Zeit für solche Kontroversen auch innerhalb der SPD gesorgt, wie die Debatte um Griechenland und das im Juli erzielte Verhandlungsergebnis mit der Europäischen Union. Vor dem Hintergrund der Kontroversen auch in unserer Partei, wollen wir zeitnah zu einem Fachbeirat einladen. In welchem Europa wollen wir leben? Darüber wollen wir mit euch ins Gespräch kommen. Wir hoffen auf weitere Mitstreiter und Mitstreiterinnen und freuen uns auf die Begegnungen mit Euch.

Verantwortlich:

Rita Haller-Haid
SPD Landtagsfraktion

Gabi Rolland
SPD Landesverband



FACHBEIRAT

UMWELT, VERKEHR UND ENERGIE

Ziel des Themenbereichs war es, ökologische Impulse in die Landespartei einzubringen. Leider konnte im Berichtszeitraum nur ein Treffen stattfinden.

Dieses Treffen war geprägt durch die Berichte von Rita Schwarzelühr-Sutter MdB über die Entwicklungen in Land und Bund. Dabei entspann sich um das Thema Fracking eine aufschlussreiche Diskussion.

Ein zweites geplantes Treffen, welches sich mit den Auswirkungen von TTIP auf den Umweltbereich befassen sollte, war weniger nachgefragt. Für dieses Treffen waren Referenten der Umweltverbände „Die Naturfreunde“ und vom BUND angefragt worden. Das Verhältnis von Referenten und angemeldeten Teilnehmenden machte leider eine Absage des Termins nötig.

Für die Zukunft muss am Format der Treffen gearbeitet werden, um es attraktiver zu machen, dass nicht nur mehr Vertreter der Verbände und der Zivilgesellschaft teilnehmen, sondern auch interessierte Mitglieder sich einbringen können. Dabei darf natürlich nicht fehlen, das Angebot entsprechend zu hinterfragen und gegebenenfalls anzupassen. Konkrete Themen gibt es

genug. So böte dieser Themenbereich die Möglichkeit, sich intensiv mit der Umgestaltung des Strommarktes auseinanderzusetzen. Weitere Themen könnten die sinnvolle Förderung des ÖPNV in den Metropolregionen sowie im ländlichen Raum sein, die nachhaltige Gestaltung unserer Städte (Stichwort: Urbaner-Gartenbau) oder auch die Entwicklungen der baden-württembergischen Wälder. Grundsätzlich sollte dieser Themenbereich wieder stärker in die Fläche gehen und in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden vor Ort konkrete Projekte besichtigen und diskutieren. Dies wird eine der Aufgaben des kommenden Landesvorstandes sein.

Bericht von
Rebecca Hummel

Verantwortlich im Landesvorstand:
Roman Götzmann

Mitarbeit:
Rebecca Hummel
Jens Löw

Verantwortlich in der Landtagsfraktion:
Hans-Martin Haller
Johannes Stober

FACHBEIRAT WISSENSCHAFT

Im Themenbereich Wissenschaft gab es im Zeitraum 2013 – 2015 zwei Entwicklungen.

Zum einen hat der von der SPD-Landtagsfraktion ins Leben gerufene „Think Tank Wissenschaft“ seine Arbeit fortgesetzt. Der Think Tank dient dem Austausch zwischen Mitgliedern der Landtagsfraktion und wissenschaftsaffinen Genossinnen und Genossen. Auch Gewerkschaftsvertreterinnen und -Vertreter waren regelmäßig eingeladen und nahmen an den Gesprächsrunden teil. So diskutierten die Mitglieder des Think Tank insbesondere das Thema „Gute Arbeit im Wissenschaftsbereich“ sowie den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“ und das Thema „Zukunft der Wissenschaftsfinanzierung“. Als Referenten konnten Experten aus den Hochschulen und Ministerien gewonnen werden, die zu Beginn in das jeweilige Thema einführten.

Darüber hinaus wurde das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie Baden-Württemberg wiederbelebt. Nach einer längeren Pause ist dieser eigenständige, der Sozialdemokratie nahestehende Verein Ende 2014 neu gegründet worden. Vorsitzender ist Dr. Marc Dressler.

Das Wissenschaftsforum besteht aus einer stetig wachsenden Zahl wissenschaftspolitisch begeisterter Sozialdemokrat/-innen und SPD-naher Wissenschaftler/-innen, deren Ziel es ist, Wissenschaft, Hochschulen, Forschung, Lehre und Studium so zu fördern und weiterzuentwickeln, dass sie offen und attraktiv für viele sind und der Gesellschaft dienen. In den kommenden zwei Jahren will der neugewählte sechsköpfige Vorstand die wissenschaftspolitischen Diskussionen mit neuen Konzepten zur Zukunft von Forschung und Lehre bereichern und eine Plattform ins Leben rufen, auf der diese Diskussionen geführt werden können. ■

SPORTBEIRAT

1. Aufgabe und Zusammensetzung

Der SPD-Landessportbeirat trifft sich ca. 2 bis 3 Mal im Jahr. Die insgesamt 63 Mitglieder des Sportbeirats sind in erster Linie Personen, die in Sportkreisen und/oder Sportvereinen Baden-Württembergs aktiv sind und der SPD nahe stehen. Ziel des Sportbeirats ist ein regelmäßiger Austausch über sportpolitische Themen, geplante Veranstaltungen und Zielsetzungen. Peter Hofelich MdL, der Vorsitzende des Sportbeirats und Sabine Wölfe MdL, Sportpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, erläutern in jeder Sitzung parlamentarische Initiativen sowie ggf. geplante sportpolitische Veranstaltungen der SPD-Landtagsfraktion. (Anmerkung: Peter Hofelich hat mit Beginn seiner Tätigkeit als politischer Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft im Februar 2015 seinen Vorsitz an Sabine Wölfe abgegeben.) Darüber hinaus haben Gäste die Möglichkeit, Vorträge oder Präsentationen zu bestimmten sportpolitischen Themen zu halten oder die Arbeit einer im Sportbereich tätigen Stiftung oder eines Verbandes vorzustellen.

2. Thematische Schwerpunkte

In den Jahren 2013 und 2014 wurden verschiedene Themenbereiche im Sportbeirat behandelt. Schwerpunkte bildeten die Bereiche, die auch im grün-roten Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2011 eine zentrale Rolle spielen.

- Möglichkeiten der Kooperation Ganztageschule-Sportvereine
- Kooperation Schule/Verein und steuerrechtliche Fragen
- Bekämpfung von Doping im Sport/Dopingprävention und aktuelle Entwicklungen im Sportrecht

- Vereinssportstättenbau/Energetische Sanierung von Sportstätten
- Förderung des Schwimmunterrichts an Grundschulen
- Förderung des Leistungs- und Spitzensportes
- Möglichkeiten der „Dualen Ausbildung“ für Spitzensportler bei der Polizei

3. Erreichte Ergebnisse

Ein zentrales Thema, das im Landessportbeirat diskutiert wurde, war die Förderung von Spitzensportlern und die Möglichkeiten „Duale Ausbildungen“ zu erleichtern.

Mit Fördermitteln von insgesamt 500.000 Euro im Doppelhaushalt 2015/2016 erhalten zu nächst 10 Spitzensportlerinnen und Spitzensportler die Möglichkeit, bei der Polizei einen Ausbildungsplatz anzunehmen, der sich mit ihrem Hochleistungssport vereinbaren lässt. Ein Konzept zur Förderung von Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern, auf dessen Basis ggf. eine Ausweitung der Förderung ermöglicht werden soll, wird momentan erarbeitet.

Die grün-rote Landesregierung trägt damit auch dem Wunsch des Landessportbeirats nach einer verbesserten Spitzensportförderung (insb. im Hinblick auf „Duale Karrieren“) Rechnung. ■

POLIZEIBEIRAT



Das Team: Alexander Bauer, Franz Lemli, Jürgen Gießler, Torsten Köpschall, Werner Fischer, Rüdiger Seidenspinner, Werner Walser, Timo Gretz, Karlheinz Stephan



Ende 2013 formierte sich der Polizeibeirat neu. Auf den langjährigen Vorsitzenden Martin Zerrinius folgte Alexander Bauer.

Anfang 2014 kam es zum Gespräch mit Ministerialdirektor Dr. Herbert Zinell. Das zentrale Thema war der Bericht des Innenministers zu den Ergebnissen der Ermittlungsgruppe „Umfeld“ und den Bezügen des NSU nach Baden-Württemberg.

Die Polizeistrukturereform hat den Polizeibeirat in den letzten zwei Jahren in all ihren Facetten beschäftigt. Immer hat es der Polizeibeirat geschafft, sich konstruktiv und kritisch einzubringen. In intensiven Gesprächen wurden die eigenen Erfahrungen und die Kritik aus der Polizei an unsere politischen Entscheidungsträger weitergegeben.

In großer Runde wurden im Stuttgarter Landtag Ende 2014 die aktuellen innenpolitischen

Themen mit Blick auf die Landtagswahl 2016 besprochen.

Zum Thema Asylbewerber und Flüchtlinge ergab sich im IM Anfang 2015 ein reger Austausch über die aktuelle Lage und die Konsequenzen für die Polizei.

Auch zum Thema Einbruchskriminalität hat sich der Polizeibeirat in 2015 zu Wort gemeldet und angeregt, die Landesbauvorschriften für einen verbesserten Sicherheitsstandard zu prüfen.

Ein Dankeschön gilt unserem Polizeisprecher Nik Sakellariou MdL, Stabstellenleiter Thomas Berger und IM Reinhold Gall MdL für die stets offenen Türen. Gleiches gilt für unsere Ansprechpartner in der Landtagsfraktion Nicole Werner und Klaus Eckert sowie in der Partei Erich Holzwarth.

„Wir wollen die politischen Aktivitäten im Polizeibeirat weiter ausbauen. Dazu suchen wir Genossinnen und Genossen aus der Polizei. Mitmachen und aktiv werden. Darauf freuen wir uns!“

Euer
Alexander Bauer

Kontaktaufnahme unter
bauer-spd@t-online.de.



CHRISTINNEN UND CHRISTEN IN DER SPD

Im Arbeitskreis sind seit Jahren Christinnen und Christen organisiert, die sich sowohl in und für die SPD wie auch in Kirchengemeinden engagieren. Der AK ist ökumenisch und wird von einem Sprecherteam geleitet (Stephan Fischer, Angela Madaus, Sigrid Neutz, Thomas Scholz, Bernhard Seeger, Helmut Staiger).

Die Adressdatei umfasst mehr als 800 Personen, von denen sich einige in mehreren regionalen Gesprächskreisen treffen (Heidelberg/Rhein-Neckar, Heilbronn, Biberach und Stuttgart). Wir beteiligen uns an der innerparteilichen Diskussion und arbeiten aktiv, oft auch als Mandatsträger, in der SPD mit. Unter www.christen.bawue.spd.de sind wir auf der SPD-Homepage zu finden.

Bis 2013 leitete Otto Haug den „Gesprächskreis Christinnen und Christen und SPD“ in Stuttgart. 2014 gab er nach 12 Jahren die Leitung ab. Auf einem Treffen der Sprecher am 30.11.2013 wurden Rainer Lang, Stuttgart und Angela Madaus, Walddorfhäslach als neue Sprecher bestimmt. Nachdem Rainer Lang im Frühjahr 2015 seine Mitarbeit aufgeben musste, ist Angela Madaus alleinige Sprecherin. Das Sprecherteam traf sich in den Jahren 2014/15 drei Mal in Stuttgart bzw. Karlsruhe.

In den regionalen AK wurden die Mitglieder zu Gesprächsabenden und Veranstaltungen eingeladen, zu denen durchschnittlich 20 Personen kamen.

Themen und Aktivitäten 2014 und 2015

- 23.4.2014 Stuttgart: Globalisierung und Verantwortung – die Herausforderungen des Freihandels (mit Daniela Harsch und Wolf-Gero Reichert)
- 22.7.2014 Mannheim: Die Kirche als Arbeitgeberin im Umbruch (mit Daniela Harsch und

Rolf-Gero Reichert; Ergebnis: Anschreiben an die ev. Landessynode)

- August 2014: Offener Brief zur aktuellen Hetze gegen Juden
- 26.9.2014 Stuttgart: Verantwortungsrhetorik oder Kriegstreiberei? Wo soll Deutschland Verantwortung übernehmen? (mit dem Journalisten Andreas Zumach); Ergebnis: Anschreiben an den Bundesvorstand, Diskussionspapier zu Waffenhandel)
- 10.10.2014 Stuttgart: Das Märchen vom süßen freien Tod (mit Prof. Dr. Gerhild Becker, Freiburg, Dr. Eva-Maria Mörike, Ärztin, Philipp Schwarz, Theologe)
- 23.10.2014 Heilbronn: Zukunft statt Zocken – Alternativen zu einer entfesselten Wirtschaft (mit MdB Josip Juratovic)
- 13.5.2015 Eppingen: Blumhardt und die Politik, neue Regionalgruppe Esslingen Göppingen gegründet (mit Pfr. Christoph Friedrich Blumhardt)
- März 2015: Anschreiben an SPD Bremen wegen Resolution der Bremer Bürgerschaft
- 17./18.4.2015 Berlin/Spandau: Teilnahme an der Jahresklausur des Bundes-AK „Christen und SPD“, Präsentation des Diskussionspapiers zur Friedens- und Sicherheitspolitik
- 24.6.2015 Stuttgart: Konversion von Rüstungsgüterproduktion – realistische Möglichkeit oder Wunschdenken? (mit MdB Rainer Arnold)
- 08.7.2015 Wiesloch: Eine Stimme für Vergessene – Sklaverei und Menschenhandel (mit MdB Stefan Rebmann und Daniel Rentschler/IJM)
- 22.7.2015 Heidelberg: Schwerter zu Pflugscharen? Rüstungsexporte aus der Sicht der Kirche (mit Andreas Bordne, Wirtschafts- und Sozialpfarrer des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt der EKD)

Angela Madaus

angela.madaus@gmx.de

FORUM EINE WELT

Das Forum Eine Welt der SPD engagiert sich für entwicklungspolitische Fragen in der Landespolitik. Halb- bis vierteljährlich finden Treffen statt, bei denen die entwicklungspolitische Sprecherin der SPD im Landtag Rita Haller-Haid MdL über die neusten Entwicklungen berichtet. Hier haben im Jahr 2014 und 2015 zwei Themen dominiert. Dies war zum einen der Weltbürger gefragt-Prozess, der in einem landesweiten Beteiligungsverfahren zu entwicklungspolitischen Leitlinien geführt hat, die nun umgesetzt werden. Zum anderen stand die Entwicklung im baden-württembergischen Partnerland Burundi immer wieder auf der Tagesordnung. Zu diesem Thema war beabsichtigt, mit dem Geschäftsführer der SEZ eine Veranstaltung durchzuführen. Diese konnte jedoch wegen dem vorzeitigen Weggang der Leitung nicht realisiert werden.

Die Sprecherin des Forums Dr. Elke Ahrens nimmt im Namen des Forums Eine Welt an dem entwicklungspolitischen Runden Tisch der Landesregierung teil. Dieser findet halbjährlich statt und wurde im Frühjahr 2015 von der SPD ausgerichtet. Themen waren die Messe Fair Handeln und das erweiterte Format der entwicklungspolitischen Landeskonzferenz. Beides war ein großer Erfolg.

Die Mitglieder nehmen an entwicklungspolitischen Veranstaltungen, vorwiegend im Großraum Stuttgart, teil. Eine der wichtigsten Veranstaltungen im Frühjahr ist die oben erwähnte entwicklungspolitische Landeskonzferenz, die am 11. April 2015 wieder zeitgleich zur Messe Fair Handeln auf dem Messegelände stattfand. Dort wurden in verschiedenen Handlungsfeldern der Entwicklungspolitik Umsetzungsstrategien vorgestellt und diskutiert.

Weitere Veranstaltungen fanden im Dezember zum Tag der Menschenrechte in Kooperation mit Flüchtlingsvereinen statt. Auch hier können wir als Forum Eine Welt weitere aktive Genossinnen und Genossen gewinnen und unser Profil schärfen.

Abschließend muss festgestellt werden, dass das Forum insgesamt ein großes Entwicklungspotential hat. Die Beraterkompetenz insbesondere gegenüber der Regierung sollte fortwährend ausgebaut werden. Idealerweise sollten sich junge SPD-Mitglieder diesem Forum anschließen und auch in die Leitung einsteigen. Mehr Köpfe an der Spitze können die Produktivität und Öffentlichkeitswirksamkeit deutlich erhöhen.

Dr. Elke Ahrens
Sprecherin



HISTORISCHE KOMMISSION

Im Laufe von nunmehr 150 Jahren hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands den politischen und sozialen Fortschritt innerhalb wie außerhalb unseres Landes maßgeblich vorangetrieben. Den totalitären Anfechtungen, die sich der von ihr so beharrlich erkämpften Demokratie entgegengestemmt haben, hat sie wie keine andere politische Kraft getrotzt. Das Wissen um diese lange und stolze Vergangenheit ist stets ein wesentlicher Bestandteil unserer Parteiidentität gewesen und soll es weiter bleiben. Denn die Aneignung unserer eigenen Geschichte, die Kenntnis unserer Wurzeln, Antriebsmotive, Rückschläge und Erfolge vermag uns auch heute noch Orientierung im programmatischen Ringen wie im politischen Alltag zu geben und bildet so die Basis unserer Werte und Überzeugungen. Die Historische Kommission des SPD-Landesverbands Baden-Württemberg verfolgt das Ziel, die Erinnerung an das reiche historische Erbe der südwestdeutschen Sozialdemokratie sowie an das erfolgreiche Wirken ihrer Vertreter/-nnen in unserem Land wachzuhalten.

Mit dem SPD-Landesvorstand ist die Kommission durch eine feste Kontaktperson vernetzt. Als Mitglieder der Lenkungsgruppe fungieren derzeit kraft ihres jeweiligen Amtes:

- Vorsitz: **Unbesetzt**
- Sekretariat: **Vasilios Papayannis**, Stuttgart
- Sprecher Projektgruppe „Parteiarchiv“: **Dr. Clemens Rehm**, Malsch
- Kontakt zum Landesvorstand: **Karl-Ulrich Templ**, Althengstett

Im Focus standen auch im Jahre 2014 noch Ausstellungen und Veranstaltungen zu den 150 Jahr-Feiern aus 2013. Der Landesverband hat Ende 2013 eine Rollup-Ausstellung vom Willy-Brandt-Haus zur Geschichte der SPD in den letzten 150 Jahren übernommen. Diese wurde 2014 von 6 Kreisverbänden und 3 Ortsvereinen genutzt. Auch in 2015 wurde die Ausstellung schon 3-mal gebucht.

Da Gernot Erler MdB im Januar 2014 zum Russland-Beauftragten der Bundesregierung berufen wurde, hat er sein Amt in der Historischen Kommission aufgegeben.

Nach der Herbsttagung 2015 wird sich die Historische Kommission neu konstituieren.

Karl-Ulrich Templ
Vasilios Papayannis



ARBEITSGRUPPE MITGLIEDERENTWICKLUNG UND WAHLANALYSE

Der Landesvorstand hat 2013 in seiner Klausursitzung die Arbeitsgruppe Mitgliederentwicklung und Wahlanalyse eingesetzt. Der Impuls für die Einsetzung dieser Arbeitsgruppe wurde auf dem Landesparteitag durch den Mannheimer Antrag zur unterschiedlichen Struktur und Arbeitsfähigkeit der Kreisverbände gesetzt.

Die Arbeitsgruppe erhielt den Auftrag, Anleitungen für die Unterstützung/Stärkung der Kreisverbände zu erarbeiten.

Im Verlauf der Arbeit wurde die Zusammenlegung mit der Arbeitsgruppe Organisationsstruktur als sinnvoll erachtet.

Auf der Grundlage von angeforderten Daten des Statistischen Landesamtes und der Landesgeschäftsstelle wurden umfassend Daten zu Wahlergebnissen und Wahlbeteiligung, Sozialfaktoren und deren Korrelation zu den SPD-Ergebnissen, Analysen zu Wahlergebnissen und Gemeindegroßen sowie Mitgliederentwicklung in einer Dokumentation zusammengefasst.

Die Auswertung der Daten erfolgte nach Einbezug weiterer Analysen von TNS Infratest und der Bertelsmann Stiftung.

Eine Zusammenfassung dieser Analyse wurde im Landesvorstand vorgestellt und hieraus die Frage weiter verfolgt: Was können wir tun, um das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen und zu motivieren, erstens zur Wahl zu gehen und zweitens SPD zu wählen.

Die Arbeitsgruppe hat auf dieser Grundlage Vorschläge erarbeitet. Hierzu wurden Erfahrungen der IG Metall und aus Kreisverbänden wie Karlsruhe und Mannheim genutzt. Das Präsidium und der Landesvorstand haben hierzu einen Selbstverpflichtungsbeschluss gefasst zu

„... kontinuierlichen Maßnahmen zur Mitgliederwerbung, Organisationsentwicklung und Stärkung der Partei bei Wahlen.“

Insbesondere sollen die Kreisverbände über Entwicklungen der Veränderungen in der Mitgliederstruktur informieren werden sowie durch ein politisches Bildungsangebot und organisatorisch besser unterstützt werden.

Die Arbeitsgruppe steht dabei vor der besonderen Herausforderung, dass die detailliert gewonnenen Erkenntnisse auch in Konzepte vor Ort umgesetzt werden. Hier sieht die Arbeitsgruppe eine besondere Verantwortung für den gesamten Landesvorstand. Es braucht kontinuierliche Arbeit.

Alle Materialien stehen allen Mitgliedern zur Verfügung.

Zur Arbeitsgruppe gehören: Hilde Mattheis, Leni Breymaier, Lars Castellucci, Peter Friedrich, Rudolf Luz, Karl-Ulrich Templ, Wolfgang Katzmarek, Stella Kirgiane-Efremidis, Jens Löw, Parsha Marvi.

Leitung Hilde Mattheis,
stellvertretende Landesvorsitzende

DOKU- MENTATION

- Mitgliederstand 2013 – 2015
- Durchschnittsbeiträge 2013 – 2015
- Terminkalender 2013 – 2015

MITGLIEDERSTAND

2013 – 2015

Bezirk	Mitgliederstand 31.12.2013	Mitgliederstand 31.12.2014	Mitgliederstand 31.12.2015
SPD-Kreisverband Alb-Donau	338	327	319
SPD-Kreisverband Biberach	347	346	346
SPD-Kreisverband Bodensee	577	573	575
SPD-Kreisverband Böblingen	1.097	1.082	1.069
SPD-Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald	896	895	866
SPD-Kreisverband Calw	374	369	361
SPD-Kreisverband Emmendingen	718	706	695
SPD-Kreisverband Enz-Kreis	682	656	638
SPD-Kreisverband Esslingen	1.637	1.619	1.581
SPD-Kreisverband Freiburg	973	937	919
SPD-Kreisverband Freudenstadt	269	266	268
SPD-Kreisverband Göppingen	703	693	688
SPD-Kreisverband Heidelberg	1.038	1.012	999
SPD-Kreisverband Heidenheim	445	444	444
SPD-Kreisverband Heilbronn Land	1.219	1.212	1.186
SPD-Kreisverband Heilbronn Stadt	583	553	532
SPD-Kreisverband Hohenlohe	201	199	195
SPD-Kreisverband Karlsruhe Land	1.833	1.811	1.763
SPD-Kreisverband Karlsruhe Stadt	1.269	1.221	1.181
SPD-Kreisverband Konstanz	876	849	831
SPD-Kreisverband Lörrach	918	901	875
SPD-Kreisverband Ludwigsburg	1.599	1.577	1.531
SPD-Kreisverband Main Tauber	373	364	361
SPD-Kreisverband Mannheim	1.759	1.700	1.700
SPD-Kreisverband Neckar-Odenwald	898	864	846
SPD-Kreisverband Ortenau	1.235	1.211	1.196
SPD-Kreisverband Ostalb	912	907	878
SPD-Kreisverband Pforzheim	232	242	238
SPD-Kreisverband Rastatt/Baden-Baden	1.017	977	965
SPD-Kreisverband Ravensburg	533	531	516
SPD-Kreisverband Rems-Murr	1.197	1.186	1.164
SPD-Kreisverband Reutlingen	686	664	652
SPD-Kreisverband Rhein-Neckar	3.088	3.097	3.043
SPD-Kreisverband Rottweil	382	370	366
SPD-Kreisverband Schwäbisch Hall	522	513	514
SPD-Kreisverband Schwarzwald-Baar	552	541	526
SPD-Kreisverband Sigmaringen	187	177	172
SPD-Kreisverband Stuttgart	1.958	1.896	1.836
SPD-Kreisverband Tübingen	869	855	834
SPD-Kreisverband Tuttlingen	285	286	276
SPD-Kreisverband Ulm	346	336	328
SPD-Kreisverband Waldshut	506	504	499
SPD-Kreisverband Zollernalb	384	366	348
SPD-Landesverband Baden-Württemberg	36.513	35.835	35.120

DURCHSCHNITTSBEITRÄGE

2013 – 2015

Durchschnittsbeiträge
Kreisverbände
(alphabetisch)

Org.-	Kreisverband	Durchschnitts- beitrag 2013	Durchschnitts- beitrag 2014	Durchschnitts- beitrag 2015	Differenz 2014-2015
110	Alb-Donau	8,65	8,70	8,72	0,02
130	Biberach	9,16	8,62	8,77	0,15
140	Bodensee	9,29	9,18	9,02	-0,16
150	Böblingen	10,76	10,99	11,11	0,12
160	Breisgau-H.	9,86	9,93	9,86	-0,07
170	Calw	10,82	11,07	11,26	0,19
180	Emmendingen	9,51	9,90	10,10	0,20
190	Enzkreis	9,67	9,70	9,89	0,19
210	Esslingen	11,62	11,84	11,89	0,05
220	Freiburg	10,58	10,38	10,57	0,19
230	Freudenstadt	10,75	11,38	11,59	0,21
240	Göppingen	11,30	11,51	11,85	0,34
250	Heidelberg	9,75	9,98	10,17	0,19
260	Heidenheim	9,63	9,82	10,33	0,51
270	Heilbronn-Stadt	9,25	10,65	10,20	-0,45
280	Heilbronn-Land	9,29	9,39	9,53	0,14
290	Hohenlohe	11,44	12,06	12,93	0,87
300	Karlsruhe-Stadt	10,56	10,58	10,83	0,25
310	Karlsruhe-Land	8,83	9,04	9,08	0,04
330	Konstanz	9,22	9,50	9,66	0,16
340	Lörrach	9,08	9,25	9,40	0,15
360	Ludwigsburg	10,58	10,74	11,02	0,28
370	Main-Tauber	8,10	8,25	8,62	0,37
380	Mannheim	10,04	10,13	10,10	-0,03
390	Neckar-Odenwald	7,17	7,57	7,58	0,01
400	Ortenau	9,12	9,20	9,39	0,19
410	Ost-Alb	9,62	10,09	10,05	-0,04
420	Pforzheim	11,46	11,22	11,41	0,19
430	Rastatt/Bad.-Baden	9,15	9,88	10,09	0,21
440	Ravensburg	8,19	8,57	8,66	0,09
450	Rems-Murr	11,21	11,46	11,79	0,33
470	Reutlingen	11,36	11,70	11,80	0,10
480	Rhein-Neckar	8,59	8,65	8,74	0,09
490	Rottweil	9,13	9,23	9,43	0,20
500	Schwäbisch Hall	13,34	13,17	13,38	0,21
510	Schwarzwald-Baar	8,69	8,94	8,80	-0,14
520	Sigmaringen	8,68	8,58	8,92	0,34
530	Stuttgart	12,86	13,11	13,36	0,25
550	Tübingen	11,31	11,58	11,91	0,33
560	Tuttlingen	8,68	8,73	8,86	0,13
570	Ulm	11,90	11,93	12,33	0,40
590	Waldshut	9,09	9,33	9,79	0,46
600	Zollernalb	8,67	8,90	8,97	0,07
330	Baden-Württemberg	9,96	10,15	10,31	0,16

TERMINKALENDER

2013 – 2015

Wichtige Termine und Veranstaltungen 2013 – 2015

2013

Oktober

- 18./19. Landesparteitag, Reutlingen
- 26. ASF-Landesdelegiertenkonferenz, Freiburg
- 30. „40 Jahre AfA“, Mannheim

November

- 22. Regionalkonferenz mit Andrea Nahles, Leinfelden-Echterdingen
- 23. Regionalkonferenz mit Sigmar Gabriel, Bruchsal
- 23. Klausur des Landesvorstands, Bruchsal
- 23. AfA-Landesdelegiertenkonferenz, Pforzheim

Dezember

- 06. Regionalkonferenz, Emmendingen
- 07. Regionalkonferenz, Ehingen a.d.D.
- 15. Jusos-Landesausschuss, Mannheim

2014

Januar

- 11. Spitzentreffen, Stuttgart
- 17. Präsidium
- 17. ASF-Landesvorstand, Stuttgart
- 20. Afa-Landesvorstand, Stuttgart
- 21. AG 60 plus Landesvorstand, Stuttgart
- 22. Juso-Landesvorstand, Stuttgart
- 25. ASJ-Landesvorstand, Stuttgart
- 31. Präsidium

Februar

- 02. ASF-Neujahrsempfang, Stuttgart
- 09. Juso-Landesausschuss, Reutlingen
- 14. Präsidium
- 16. Juso-Landesvorstand, Singen
- 21. ASG-Landesvorstand, Stuttgart
- 22. Landesvorstand
- 25. AG 60 plus- Landesvorstand, Stuttgart
- 28. Präsidium

März

- 05. Politischer Aschermittwoch
- 14. Juso-Landesvorstand, Karlsruhe
- 15./16. Workshops zur Europawahl, Aalen, Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim und Tübingen
- 15./16. Jusos-Wir-Kongress, Karlsruhe
- 22. Sondersitzung Landesvorstand mit Schwerpunkt, Europawahl, Stuttgart
- 27. AG 60 Plus Landesvorstand und Frühjahrsempfang, Stuttgart
- 29. Präsidium, Wiesloch
- 29. Sonderparteitag zu den Themen Kommunalpolitik und Bekämpfung des Rechtsradikalismus, Wiesloch

April

- 05. SGK-Landesvorstand, Stuttgart
- 10. Juso-Landesvorstand, Stuttgart
- 11. ASG-Landesvorstand, Stuttgart
- 11. Präsidium
- 29. AG 60 plus-Landesvorstand, Stuttgart

Mai

- 3.-4. ASJ-Klausurtagung, Insel Reichenau
- 09. Präsidium
- 10. Landesvorstand
- 10. 14. Verleihung des Carlo-Schmid-Preises, Paris
- 11. Juso-Landesausschuss, Öhringen
- 19. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
- 20. Kundgebung mit Sigmar Gabriel, Stuttgart
- 25. Europa-und Kommunalwahlen
- 26. Präsidium und Landesvorstand
- 27. AG 60 plus-Landesvorstand, Stuttgart

Juni

- 05. Juso-Landesvorstand, Stuttgart
- 05. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
- 06. Präsidium
- 06. ASF-Landesvorstand, Stuttgart
- 14. SGK-Landesvorstand, Stuttgart

- 16. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
- 20.-22. ASF-Bundeskonferenz, Karlsruhe
- 27. Präsidium
- 27. ASG-Landesvorstand, Stuttgart
- 27. Empfang für Betriebs- und Personalräte, Stuttgart
- 28. Landesvorstand
- 28.-29. Jusos-Landesdelegiertenkonferenz, Balingen

Juli

- 08. AG 60 plus-Landesvorstand und Kreisvorsitzendenkonferenz, Stuttgart
- 11. Präsidium
- 12. ASF-Landesausschuss, Schwetzingen
- 12. ASJ-Landesvorstand, Stuttgart
- 14. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
- 19. Landesvorstand
- 21. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
- 25. Präsidium

September

- 05. ASF-Landesvorstand, Stuttgart
- 13. Come together junge Kommunalpolitik, Veranstaltung Jusos und SGK, Stuttgart
- 16. AG 60 plus-Landesvorstand, Stuttgart
- 16.-18. Klausur der Landtagsfraktion, Schwäbisch Hall
- 17. SelbstAktiv, Stuttgart
- 19. Präsidium
- 19. ASG-Landesvorstand, Stuttgart
- 22. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
- 22. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
- 27. Landesvorstand
- 27. Fachbeirat Europa, Stuttgart

Oktober

- 10. Präsidium
- 11. Jubiläumsveranstaltung „20 Jahre SPD 60 plus“, Mainz
- 11. Kreisvorsitzendenkonferenz und Fachbeiratstag, Stuttgart

- 17. AGS-Landesvorstand, Rust
- 18. AGS-Landeskonferenz, Rust
- 18. SelbstAktiv, Stuttgart
- 24. ASG-Landesvorstand, Stuttgart
- 27. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
- 28. AG 60 plus-Landesvorstand, Stuttgart

November

- 08. SGK-Landesvorstand, Stuttgart
- 08. ASG-Landeskonferenz, Stuttgart
- 14. Präsidium
- 14. ASF-Landesvorstand, Stuttgart
- 15. Landesvorstand
- 15. ASJ-Landeskonferenz,
- 17. SelbstAktiv, Ulm
- 22. Zukunftskongress Bildung, Ludwigsburg

Dezember

- 05. Präsidium
- 09. AG 60 plus-Landesvorstand, Stuttgart
- 12. ASF-Landesvorstand, Stuttgart
- 13. Landesvorstand
- 13. SGK-Landesvorstand, Stuttgart
- 15. AGS-Landesvorstand, Stuttgart

2015

Januar

- 09. Präsidium
- 10. ASG-Landeskonferenz, Stuttgart
- 12. Spitzentreffen, Stuttgart
- 12. Regionalkonferenz mit Andrea Nahles, Stuttgart
- 20. AG 60 plus-Landesvorstand, Stuttgart
- 23. ASF-Landesvorstand, Stuttgart
- 24. Landesvorstand, Stuttgart
- 24. ASJ-Landesvorstand, Stuttgart

Februar

- 06. ASG-Landesvorstand, Stuttgart
- 06. Tag der Auszubildenden in der Pflege der Landtagsfraktion, Stuttgart
- 07. SGK-Landesvorstand, Stuttgart

- 08. Antragskommission, Stuttgart
- 18. Politischer Aschermittwoch mit Heiko Maas, Ludwigsburg
- 18. Präsidium
- 23. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
- 23. AfA-Landesvorstand, Stuttgart
- 27. ASF-Landesvorstand, Stuttgart
- 28. Landesvorstand
- 28. Kommunalkongress der Landtagsfraktion, Stuttgart
- 28. ASF-Seminar „Einführung Feminismustheorien“

März

- 01. Juso-Landesausschuss, N.N.
- 06. Präsidium, Stuttgart
- 07. ASJ-Landesvorstand, Stuttgart
- 14. Landesparteitag, Singen
- 20. ASG-Landesvorstand, Stuttgart
- 28. SGK-Landesvorstand mit Fachkonferenz, Stuttgart
- 28.-29. AGS-Klausur, Stuttgart
- 28. ASF-Landesausschuss, Ettlingen
- 30. 60 plus-Frühjahrsempfang, Stuttgart
- 31. AG 60 plus-Landesvorstand,

April

- 17. Präsidium
- 17. Gemeinsame Landesvorstandssitzung SPD und Grüne, Stuttgart
- 11.-12. WIR-Kongress der Jusos, Tübingen
- 20. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
- 24. + 25. ASF-Klausurtagung, Schwäbisch Hall
- 24. + 25. Bundeskonferenz AG Migration und Vielfalt, Berlin
- 25.-26. Juso-Neumitgliederseminar, N.N.
- 11.-12. WIR-Kongress der Jusos, Tübingen

Mai

- 02.-03. ASJ-Klausur, Tübingen
- 02.-03. Bundeskonferenz SelbstAktiv, Berlin
- 03. Juso-Landesausschuss, Freiburg

- 08. Präsidium
- 08. ASG-Landesvorstand, Stuttgart
- 08. SGK-Landesvorstand, Karlsruhe
- 09. Landesvorstand
- 09. Kreisvorsitzendenkonferenz, Karlsruhe
- 09. SGK-Landesdelegiertenkonferenz, Karlsruhe
- 12. 60 plus-Landesvorstand, Stuttgart
- 18. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
- 21. ASF-Talk „Rollback in Europa“, Freiburg
- 22. ASF-Landesvorstand, Stuttgart

Juni

- 12. Präsidium
- 13. Regionale Beteiligungskonferenzen #digitalleben
- 20. SGK-Landesvorstand, Stuttgart
- 20. Parteikonvent
- 22. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
- 23. 60 plus-Landesvorstand, Stuttgart
- 26. ASG-Landesvorstand, Stuttgart
- 27. ASF-Seminar „ASF-Arbeit vor Ort – Tipps für den Alltag“, Biberach
- 27.-28. Juso-Landesdelegiertenkonferenz, Karlsruhe

Juli

- 03. Präsidium
- 04. Wahlkampf Kick-off, Stuttgart
- 10. 60 plus-Landesvorstand, Heidelberg
- 11. AG 60 plus-Landesdelegiertenkonferenz, Heidelberg
- 13. Betriebsräteempfang, Stuttgart
- 18. ASJ-Landesvorstand, Stuttgart
- 20. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
- 21. 60 plus-Landesvorstand, Stuttgart
- 24. Präsidium
- 24. ASG-Landesvorstand, Stuttgart
- 24. ASF-Landesvorstand, Stuttgart

August

- 28. Kommunalen Sommerempfang, Stuttgart

September

- 05.-06. Unterbezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz/ Projektmesse
- 12. ASF-Seminar „ASF-Arbeit vor Ort – Tipps für den Alltag“, Freiburg
- 15.-17. Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion, Ludwigsburg
- 18. Präsidium
- 18. ASF-Landesvorstand, Stuttgart
- 21. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
- 26. Landesvorstand
- 26. SGK-Landesvorstand, Stuttgart

Oktober

- 9.- 10. Landesparteitag mit Wahl des Landesvorstands, Mannheim
- 19. AGS-Landesvorstand, Stuttgart
- 23. ASF-Landesvorstand, Ulm
- 24. ASF-Landesdelegiertenkonferenz, Ulm
- 31. Bürgerkonvent, N.N.

BERICHTE

RAUM FÜR IDEEN

[illegible]

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

Telefon 0711 / 619 36-0
Telefax 0711 / 619 36-20

www.spd-bw.de
info@spd-bw.de

